



■ **ALBANIEN**
Ist das albanische Volk wirklich eine chaotische Verbrecherbande? 3

■ **SOZIALABBAU** – Nichts wird geschenkt 4

■ **REBEL** – Interview mit der revolutionären Jugendgruppe aus Dänemark 6



■ **THAILAND** – Kampf von Textilfabrikarbeiterinnen 7



■ **GESCHICHTE** – Jüdische ArbeiterInnenbewegung in Osteuropa 10



■ **NEOLIBERALISMUS** – Eine Antwort auf einen falschen Begriff 13

■ **BLITZ** – Physikalische Betrachtungen 15



Das «gemeinsame» Boot bekommt Lecke

Der Kiff, der mit dem Arbeitsfrieden und der Politik der Klassenkooperation zwischen die Klassenwidersprüche gekleistert wurde, hat Risse bekommen. ArbeiterInnen vieler Länder reagieren auf die immer unverschämteren Angriffe auf ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen.

(ka) Die Ereignisse der letzten Monate haben sich förmlich überschlagen. In Belgien und in Frankreich sind es die ArbeiterInnen von Renault, die die Entscheidung des Renault-Boss Louis Schweitzer, das Werk in Vilvorde, Belgien, dicht zu machen und 3000 Arbeitsplätze in Frankreich zu streichen, weder akzeptieren können, noch wollen.

In Deutschland kam es zu einem Protestschrei der Kohlekumpels, die gegen den sukzessiven Abbau von Arbeitsplätzen in der Kohleindustrie streikten und demonstrierten. Dabei entwickelte sich trotz der Abwiegelpolitik der Gewerkschaftsspitzen eine unübersehbare Radikalität. Die Kumpels nahmen sich zum hellen Entsetzen der GewerkschaftsbonzInnen die Strasse auch dort, wo es nicht erlaubt ist – sie drangen in die Absperrzone vor dem Bundestag ein. Und auch die Stahlarbeiter der fusionsgierigen Konzerne Thyssen und Krupp-Hoesch machen gegen die Pläne der Bosse mobil. An der Demonstration vom 25.3.1997 machten sie sich in das Heiligtum des Kapitalismus, das Bankenviertel, auf und trugen so Ihren Kampf an den exakt richtigen Ort. Diese Proteste der Stahlwerker und der Kohlekumpels haben ein Potential und eine Signalwirkung, die ausreichen würden, um den ganzen Ruhrpott in einen

Hexenkessel zu verwandeln. Und das ist es auch, was die Bourgeoisie fürchtet. Ein Steppenbrand der Arbeitskämpfe wäre wohl das letzte, was sie in der heutigen ökonomisch verschärften Situation gebrauchen könnte.

Eine Ausweitung von Arbeitskämpfen absehbar?

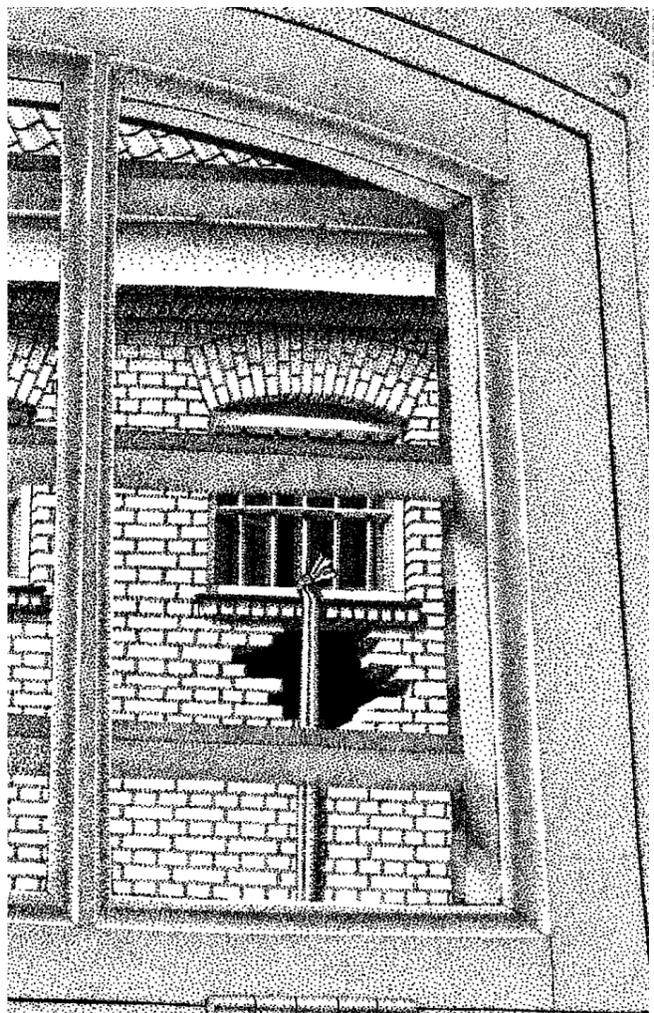
Die Angriffe der Bourgeoisie auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen sind immer brutaler. Viele ArbeiterInnen sind nicht mehr bereit, all dies zu schlucken. Vermehrt werden einzelne Arbeitskämpfe miteinander verbunden. So in Belgien, wo am 5.4.1997 Stahlkocher des bankrotten Konzerns Forges de Clabecq gegen die Arbeitsmarktpolitik der Regierung zusammen mit ArbeiterInnen von Renault demonstrierten. Ein anderes Beispiel ist der Kampf der Liverpools Dockers, der weltweit eine überwältigende Solidarität erhielt. Noch sind diese branchen- und länderübergreifenden Arbeitskämpfe nicht an der Tagesordnung. Die GewerkschaftsbonzInnen tun alles um jeglichen klassenkämpferischen Ansatz zu verhindern. Diese sollen gleich im Keim erstickt und mit reformistischen Inhalten gefüllt werden. Der Kampf der Renault-ArbeiterInnen wurde in das Gefasel um ein soziales Europa eingereiht. Folge davon: Die Kampfkraft der radikalsten Teile der ArbeiterInnen wurde damit kanalisiert und abgewürgt. Jeder dieser Kämpfe, auch wenn es Niederlagen gibt wie der abgebrochene Streik der Renault-ArbeiterInnen, stärkt die Erfahrung, die Kampfkraft, sowie das Bewusstsein des internationalen Proletariats.

Mehr zum Renault-Streik auf den Seiten 8 und 9

POLITISCHE GEFANGENE

Herzlich willkommen Marc!

(rh) Das ausdrucksvolle Bild (unten) von Marc Rudin, geschaffen während seiner langen Gefangenschaft als politischer Gefangener, bringt es auf den Punkt: Die revolutionären politischen Gefangenen müssen raus. Ohne ihre politische Identität wie ein Pfand in den Händen der herrschenden Klasse zu hinterlassen! Also ohne «politische Lösung», d.h. Verhandlung mit dem Feind. Ohne Abkehr oder Abschwörung von den revolutionären Zielen. Tragen wir unsere Solidarität mit ihnen auch am 1. Mai auf die Strasse!

**Der Revolutionäre Aufbau Schweiz im Internet:**

<http://www.afadat.ch>

ZENTREN DES REVOLUTIONÄREN AUFBAU SCHWEIZ

Zentrum vom Kommunistischen Aufbau Basel:
Bläsiring 86 (Parterre) in Basel
Geöffnet jeden Mittwoch von 18 bis 20 Uhr

Zentrum vom Revolutionären Aufbau Zürich:
Meinrad-Lienerstrasse 15 in Zürich
Geöffnet jeden Samstag von 14 bis 17 Uhr

IMPRESSUM

Herausgeber

Revolutionärer Aufbau Zürich, Postfach 8663, 8036 Zürich
Kommunistischer Aufbau Basel, Postfach 417, 4009 Basel
Kontaktadresse Bern, Postfach 282, 3000 Bern 11

Redaktion

Kommunistischer Aufbau Basel (ka), MarLen (ml),
KGI (kgi), Jugendgruppe (jg), Migrationskomitee (mk),
Arbeitsgruppe Klassenkampf (agkk), Arbeitsgruppe Antifa (agaf),
Rote Hilfe-AG Anti-Rep (rh-ar), Kulturredaktion (kur).

Vertrieb Deutschland

Gruppe 2, Fasanenstrasse 142, D-82008 Unterhaching

Redaktion und Vertrieb Schweiz

aufbau, Postfach 8663, 8036 Zürich
Fax 01/461 70 69, Internet <http://www.afadat.ch>
PC-Konto 80-33638-5



8. März 1997 in Zürich: Proletarische Kunstaktion an der Frauendemo in Zürich, an der rund 1000 Frauen teilnahmen.

Editorial

35000 KollegInnen des öffentlichen Dienstes an der Demo letzten Herbst in Bern, die Cardinal-ArbeiterInnen, die Streiks der Krupp-Thyssen-ArbeiterInnen oder die der Kohlekumpels: Alle gehen sie auf die Strasse. Diese Kämpfe, die Ansätze eines Klassenbewusstseins zeigen, haben wir ins Zentrum der Mai-Ausgabe gerückt.

Natürlich versucht nun auch die Bourgeoisie, einen Ausweg aus der ökonomischen und politischen Krise zu finden, zumal der aufkeimende Widerstand und die Unstimmigkeiten innerhalb der verschiedenen Kapitalfraktionen auch für sie das Terrain nicht unbedingt freundlicher machen. Einige der Krisenlösungsmodelle des Kapitals werden im Artikel «Im Babylon der Krisenlösungsstrategen» aus unserer Optik beleuchtet.

Ein weiteres «Lösungsmodell» stellten die Spaltung und die Repression dar, die dem letztjährigen 1. Mai folgten. Mit dem kürzlich erschienenen GPK-Bericht wird nun auf Gewaltverzicht und Bewilligungseingabe für die nächsten Nachdemonstrationen plädiert: ein Versuch, der die Entpolitisierung zum Ziel hat und wieder einmal eine Bewegung zurückschlagen soll.

Und die Antwort der Gewerkschaftsspitze auf die sich verschärfende Situation? Immer häufiger versuchen sie, sich als KrisenmanagerInnen zu profilieren. So erstaunt es denn kaum mehr, wenn von gewerkschaftlicher Seite von flexiblerer Arbeitszeit, «sozialverträglichem» Stellenabbau etc. die Rede ist. Dies immer ganz in dem Bestreben, in dem Poker um die Lösung der Wirtschaftskrise mitzumischen.

Was mit solch einer Strategie bewirkt werden kann, hat jedoch das Beispiel von Renault deutlich vor Augen geführt. Die ArbeiterInnen des Renault-Werkes in Vilvorde, die die Flexibilisierungsmassnahmen am willigsten mitmachten und ihren KollegInnen dafür als Vorbild vorgehalten wurden, sind nun davon bedroht, mit einem Schlag die Arbeit zu verlieren. Ihre Antwort darauf ist die Besetzung des Fabrikgeländes, viele Demonstrationen, Aktionen und eine länderübergreifende Solidarität. Wir haben sie in Frankreich und in Belgien getroffen und mit ihnen diskutiert.

Um die erkämpften Errungenschaften nicht kampflos aus der Hand zu geben, um der unternehmerischen Offensive Widerstand entgegen zu setzen, bewegen sich nun immer mehr Teile der proletarischen Klasse. Gründe, um den Kampf auf die Strasse zu tragen, gibt es jedenfalls genug...

An neue Leserinnen und Leser

Die Klassengegensätze von Besitzenden und Besitzlosen einerseits und das in der Produktion herrschende Chaos andererseits zwingen der heutigen Gesellschaft mehr denn je ihren prägenden Stempel auf. Den Stempel der Ausbeutung und Unterdrückung. Der unaufhaltsame Anstieg der Arbeitslosenzahl ist nur ein Ausdruck dieser Gegensätze, die sich in einer tiefen ökonomischen und politischen Krise der heutigen kapitalistischen Gesellschaften zeigen. Ein tiefer Graben trennt Bourgeoisie und Proletariat – wir sitzen nicht im gleichen Boot. Die KapitalistInnen und mit ihnen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen gehören in den Müllhaufen der Geschichte.

Für diesen revolutionären Prozess steht der Revolutionäre Aufbau Schweiz ein. Wir sind in verschiedenen Gruppen organisiert, welche in den Bereichen proletarische Jugend, Betriebskampf, Frauenkampf, Migration, Antifaschismus, proletarischer Internationalismus, politische Gefangene, Aufstandsbekämpfung und Rote Hilfe tätig sind. *aufbau* ist unsere Zeitung. Wir sind parteiisch und bringen Informationen und Analysen aus proletarischer Sicht, berichten über unsere praktische Arbeit und stellen diese wie auch unsere theoretischen Auffassungen zur Debatte.

Auf Deine kritische Meinung und aktive Beteiligung sind wir angewiesen. Schreib uns!

ALBANIEN

Bewaffneter Volksaufstand

Die Bourgeoisie der imperialistischen Länder hielt den Atem an. Unter den Augen der durch die immer unverfälschteren Unternehmerangriffe gebeutelten ArbeiterInnen und Angestellten überrennt ein Volk mitten in Europa Polizeistationen und Militärkasernen und bewaffnet sich. Angesichts soviel Respektlosigkeit diffamieren die bürgerlichen Medien den Aufstand mit allen Mitteln. Ist das albanische Volk wirklich eine einzige chaotische Verbrecherbande oder schliessen die Herrschenden einmal mehr von sich auf andere?

(kgi) Seit Mitte Januar 1997 versammelte sich in Tirana tagtäglich eine ständig wachsende und immer wütendere Menschenmasse vor der «Holding VEFA», einem der grössten Anlagefonds, die mit ihrem «Pyramidensystem» für jede noch so kleine Geldanlage hohe Dividenden versprochen. Das Volk verkaufte Haus, Boden und Herden. Der Löwenanteil kam jedoch von den rund 500000 ArbeiterInnen, die in Italien und Griechenland meist illegal und unter erniedrigenden Bedingungen schufteten. Vom Verdienst verbrauchen sie und ihre daheimgebliebenen Familien nur das Überlebensnotwendige; der Rest wird eisern gespart, als künftige Erwerbsgrundlage im eigenen Land. Da über ein Drittel der 3,4 Mio. zählenden



... und Frauen greifen zu den Waffen.

Bevölkerung schulpflichtige Kinder unter 15 Jahren sind, kann sich jede/r vorstellen, mit welchen Entbehrungen das Sparen vor sich geht. Als im Sommer 1996 der besorgte Finanzminister via Fernsehen eindringlich vor den Spekulationsfonds gewarnt hatte, wurde er von höchster Stelle gerügt und zum Schweigen verdammt. Sechs Monate später brachen die Pyramiden zusammen. Die Bosse machten sich aus dem Staub oder meldeten den Konkurs an. Das Geld und die erwarteten Zinsen hatten sich in Luft aufgelöst. Lange Zeit zeigte sich das Volk nur zu geduldig. Fast zwei Monate lang ging es auf die Strasse und verlangte im Sprechchor nur eines: Berisha, gib uns unser Geld zurück! Der aber stellte sich taubstumm. Um sich seine Hände in Unschuld zu waschen, entliess er Ende Februar 1997 den Ministerpräsidenten Meksi. Ein sinnloses Zeichen.

Die SüdalbanerInnen begannen mit dem Aufstand. Sie hatten auch das meiste Geld verloren, allein in der Hafenstadt Vlora rund 350 Millionen Dollar. Vom 1. März an stürmten Männer, Frauen und Kinder die Kasernen ihrer Städte, leerten die Waffenarsenale und versammelten sich auf den Plätzen. Sie forderten den Rücktritt Berishas und erfreuten sich lautstark an der Macht, die aus den Gewehrläufen kommt. Gekämpft wurde nicht. «Wir schiessen nicht auf unsere Brüder», sagten die Soldaten und überliessen die Kasernen dem Volk, dem sie sich zum Teil angeschlossen. In der Stadt Gjirokaster konnten die Aufständischen sich entschädigen: sie räumten einen neuerrichteten Hotelkomplex, samt Restaurants, Waschanlagen und Tankstelle der Firma Gjallica (eine jener betrügerischen Anlage-

fonds) bis auf die Dachziegel aus. Die staatlichen Vorratskammern wurden geleert, das Gut wurde aufgeteilt. Alles verwend- und abtransportierbare Staatseigentum wurde gemeinsam abgeschleppt oder demoliert, auch die sommerliche Luxusresidenz Berishas. Alles was Berisha und die gefürchte und verhasste Staatssicherheitspolizei SHIK symbolisierte, wurde abgebrannt. Als die bewaffnete Bevölkerung an die Knaststore kam und diese öffnete, hatten die Direktoren und Wärter bereits das Weite gesucht. Wie ein Lauffeuer hatte sich der Aufruhr in wenigen Tagen im ganzen Land ausgebreitet, bis der Grossteil der Bevölkerung der Staatsmacht bewaffnet gegenüber stand. Und das inmitten Europas, unter den Augen der gegen die immer unverschämteren Unternehmerangriffe kämpfenden ArbeiterInnen und Angestellten. Ob dieses entsetzlichen Beispiels stockte einen Moment lang allen Wirtschaftsbossen und Regierenden der Welt der Atem. Welche ihrer unzähligen Gesetze ermächtigt sie zur Entwaffnung des albanischen Volkes? Das ist zwar ihr vorrangiges Anliegen, das sie im ureigensten Klasseninteresse militärisch oder politisch lösen wollen, doch die interimperialistischen Widersprüche wirken lähmend. Ist die NATO, OSZE, EU oder ihr bewaffneter Arm, die WEU zuständig? Soll eine internationale Polizei improvisiert werden?

Selbstorganisation gegen faule Kompromisse

US-Präsident Clinton bot Berisha Asyl an, dieser lehnte empört ab, sein Land brauche ihn. Am 2. März verhängte er den Ausnahmezustand samt Ausgangsverbot und bot seinem aufmüpfigen Volk ein 48-stündiges Ultimatum zur Waffenrückgabe gegen Straffreiheit an. Vorsorglich rekrutierte und bewaffnete er gegnerische Männer aus dem Norden und liess diese neufürmte Privatmiliz in einer Nacht- und Nebelaktion das Redaktionsbüro der unabhängigen Tiraner Zeitung «Unsere Zeit» anzünden. Als Antwort gingen im Süden die Lokale von Berishas Sprachrohr, der Tageszeitung «Rilindja Demokratike» in Flammen auf. Die engagiertesten Journalisten der Opposition wurden verschleppt, fast zu Tode geschlagen und eingekerkert; selbst die Satellitenverbindungen der ausländischen Rundfunkstationen wurden gekappt.

Im Schutz der aufgefahrenen Panzer liess der Landesvater am 3. März im Parlament sein Präsidentenmandat um weitere fünf Jahre verlängern. Kein Kunststück, verfügt doch seine Partei PD dank dem massiven Wahlbetrug von 1996 über die haushohe Mehrheit. Als Ministerpräsident setzte er den in den USA ausgebildeten Wirtschaftswissenschaftler Bashkim Fino, Mitglied der Sozialistischen Partei und des «Forums für Demokratie», ein. Fino forderte für die Opposition das Innenministerium, um die SHIK Berishas Kontrolle zu entziehen. Innenminister wurde aber ein treuer Parteifreund Berishas und die Opposition begnügte sich in der Folge mit dem Sessel der Verteidigung, dessen Minister sich nach Italien abgesetzt hatte. Nach der Bildung der Übergangsregierung versicherte Fino Berisha seine Loyalität und rief seine Landsleute auf, die Waffen zu strecken. Ohne Erfolg. Darauf erhöhte Fino das Gehalt der Polizei um 300% und bat die ausländischen imperialistischen Mächte um militärisch Hilfe.

Unter der Losung «Wir sind ein Produkt des Volksaufstandes gegen Berisha und wir bleiben, bis er zurückgetreten ist» organisierte sich die Bevölkerung von 13 Städten des Südens in lokalen und regionalen «Rettungskomitees» mit jeweiligen Militärkommandos, die auf unterschiedlichen Ebenen auch mit den Gemeindebehörden zusammenarbeiteten (Transport, Wasser-Elektrizitäts- und Nahrungsvorsorgung). Angeordnet wurde: Kinder unter 15 Jahren müssen die Waffen den Eltern oder dem Komitee abliefern. Plünderungen sind verboten, gehortete Nahrungsmittel und Medikamente werden über die Komitees verteilt. Armee und Polizei werden unter neuer Führung organisiert.

Um Berishas Ultimatum zur Waffenrückgabe nachzukommen, wurden folgenden Gegenforderungen gestellt: 1. Tirana soll eine Regierung der nationalen Einheit aus Fachleuten ernennen. 2. Berisha soll das Datum zu Neuwahlen bekanntgeben, die unter einem neuen Wahlrecht stattzufinden haben. 3. Das durch die betrügerischen Finanzinstitute verlorene Geld muss den BürgerInnen in vollem Umfang zurückerstattet werden. 4. Das Bürgerkriegskomitee von Vlora verlangte darüber hinaus die Hilfe des Internationalen Roten Kreuzes unter italienischer Leitung.

Die Interventionen der verschiedenen imperialistischen Staaten

Der italienische Staat, beunruhigt über die Situation, versuchte nun zu vermitteln und lud am 10. März eine Delegation der Aufständischen zu Verhandlungen auf das Militärschiff «San Giorgio» ein. Erfolglos. Die Delegation wies den Vorschlag einer Lebensmittelhil-



Das Volk – Junge, Alte...

fe, die im Gegenzug zur «Befriedung» der Hafenstadt Vlora geliefert würde, zurück und beharrte auf der vollen Entschädigung der Pyramidengelder. Die cleveren italienischen Imperialisten versuchten darauf, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Sie warfen die Frage auf, ob die EU nicht bereit wäre, den Rebellen die Waffen abzukaufen. Während die SüdalbanerInnen mit «Rettungskomitees» Erfahrungen mit der Selbstorganisation sammelten, retteten die ausländischen Regierungen ihre Landsleute, denen übrigens kein Haar gekrümmt worden war.

Die USA kamen aus der Luft, mit ramboartigem Gebären; sie holten ihre 160 Funktionäre ab, während den 2000 verbliebenen US-BürgerInnen die dringende Ausreise empfohlen wurde. Auch die deutschen Imperialisten war eifrig und «retteten» nebst ihren 150 Technikern viele Nichtdeutsche, wofür sie internationales Lob ernteten. Eine dankbar aufgegriffene Gelegenheit, nach 43 Jahren Abstinenz wieder auf dem albanischen Territorium herumzuballern.

Die griechische Regierung trat unauffällig auf: sie holte ihre eigenen, russische und asiatische Staatsbürger teils per Schiff teils per Autobus über die Grenze und verzichteten auf jegliche Propaganda. Griechenland will keine militärischen Aktionen. Vielmehr sollen die balkanischen Pulverfässer in einem Wirtschaftsband vereint zur Ruhe kommen; und darin will die griechische Bourgeoisie die führende Rolle spielen. Wie gelegen kommt da der von Berisha und Fino erteilte Auftrag, die gerupfte albanische Armee neu aufzurüsten. Dies ist der Hintergrund für die plötzliche Wirtschaftshilfe Griechenlands an Albanien.

Italien hat seine Seewege für albanische Schiffe gesperrt, nachdem es ca. 12000 AlbanerInnen samt Kindern gelungen war, die Mafia zu entgelten und den Boden Apuliens zu betreten. Albanische Polizisten helfen den italienischen Kollegen, die Guten von den Bösen zu trennen. Letztere werden sofort zurücktransportiert, die Guten, in eingezäunten Notlagern, haben 40 bis 60 Tage Zeit um sich von den Überfahrtsstrapazen zu erholen, dann sollen sie ausgeschafft werden. Sozusagen als erster Akt der geplanten militärischen Intervention unter der Führung der italienischen Bourgeoisie versenkt ein italienisches Kriegsschiff einen mit Flüchtlingen vollgestopften albanischen Frachter. Über 80 Frauen und Kinder ertrinken im Meer.

Ein Volksaufstand mit Klassencharakter

Berisha hat behauptet, der Aufruhr sei von langer kommunistischer Hand vorbereitet worden. Schön wäre es! Der Aufruhr war weder geplant, noch stand er unter kommunistischer Führung – von welcher auch. Wohl kaum von der ehemaligen kommunistischen Partei, die längst mit den mittlerweile zur Regierungspartei avancierten Sozialisten liiert ist. Es war die offene Rebellion eines geschundenen und betrogenen Volkes, das seine Existenzbasis wegschwimmen sah und seinem Zorn freien Lauf liess. Dieser Aufruhr hat aber einen klaren Klassencharakter, ist ein Klassenkampf und trägt zur Entwicklung des revolutionären Prozesses bei. Das Volk hat seine Macht erkannt und was auch immer geschehen wird: Die Erfahrung, nur auf die eigenen Kräfte zählen zu können, wird im albanischen Volk in neuer, aktueller Form weiterleben.

Zwischen den meist muslimischen, als engstirnig bezeichneten BewohnerInnen der unerschlossenen, wirtschaftlich rückständigen Bergzonen des Nordens, die am gegischen Dialekt erkannt werden und den vorrangig orthodoxen, fortschrittlicheren und rebellischen SüdalbanerInnen, die den toskischen Dialekt sprechen, existiert eine alte, stets schwelende Rivalität, die durch die gegische Miliz wieder auflebt.

SOZIALABBAU

Geschenkt wird nichts

Leistungen der Sozialversicherungen werden abgebaut. Das AHV-Alter für Frauen wird wieder heraufgesetzt. Was sind die Ursachen? Und: Sozialversicherungen wie die AHV sind keine «Geschenke» des Staates oder der Unternehmer.

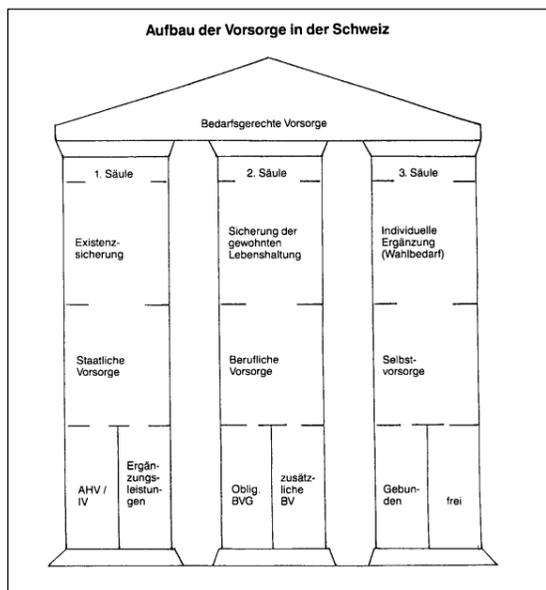
(kgi) Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherungen sind Forderungen der ArbeiterInnenbewegung, die erkämpft werden mussten. 1818 errichteten die Typographen in Aarau erstmals selbst eine Kranken- und Hilfskasse. Erst 1912 wurde ein Bundesgesetz über Kranken- und Unfallversicherungen angenommen. Im landesweiten Generalstreik von 1918 war eine Hauptforderung die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV). 1931 wurde die AHV-Bundesvorlage in der Volksabstimmung verworfen, nachdem bürgerliche Kreise Sturm dagegen gelaufen waren und wegen der Weltwirtschaftskrise ihre Gegenpropaganda viele überzeugte.

1948: 40 bis 125 Franken flatterten ins Haus

Angesichts der Not der Wehrmänner und ihrer Angehöriger während des 2. Weltkriegs wurde die Forderung nach einheitlichen Sozialversicherungen nicht mehr wegdiskutierbar. Verschiedene Firmen hatten bereits Pensionskassen und einzelne Kantone eine Art Altersvorsorgen eingerichtet. Im AHV-Gesetz von 1947 wurde das Drei-Säulen-Prinzip (siehe Schema) verankert. Vor allem bürgerliche Kreise bevorzugten diese Lösung, wobei sie von sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Seite unterstützt wurden. 1948 wurde die AHV für Leute ab 65 Jahren eingeführt. Die AHV funktioniert nach dem Umlageverfahren, d.h. die heutigen Renten werden von den heutigen Erwerbstätigen finanziert. Bis 1978 fanden neun AHV-Revisionen statt. Bei der 4. Revision (1956) und der 6. Revision (1963) wurde das Frauenrentenalter zuerst auf 63, dann auf 62 Jahre gesenkt. Begründung war vordergründig die «schwächere Konstitution der Frauen». Wirtschaftliche Argumente standen im Hintergrund. Die Herabsetzung 1963 wurde von Unternehmerseite aber bereits mit wenig Begeisterung aufgenommen.

Weniger Arbeit – länger Arbeiten

1975 hatte eine Initiative von linker Seite zur Herabsetzung des Rentenalters auf 60, resp. 58 Jahre keine Chance mehr. Bürgerliche Kreise redeten angesichts der Wirtschaftskrise stattdessen von einer Heraufsetzung. Die 10. Revision trat am 1.1.1997 in Kraft und beinhaltet: Schrittweise Erhöhung des Frauenrentenalters von 62 auf 64 Jahre. Dazu sind einige Volksinitiativen hängig, die entweder die Streichung des höheren oder die Einführung des flexiblen Rentenalters wollen. Die 10. AHV-Revision war wegen dieser Erhöhung heftig umstritten. Andere Neuerungen bringen für Frauen teilweise Verbesserungen, so zum Beispiel für geschiedene Frauen, die bis anhin wegen der beitragslosen Hausfrauenjahre sehr schlecht gefahren sind. Neu gibt es eine Witwen-Rente. Dies entbehrt nicht einer gewissen Ironie: Unter dem Vorwand «Gleichberechtigung» werden allfällige Frauen-



«Vorteile» (tieferes Rentenalter), so klein sie auch sein mögen, abgeschafft.

Kapitalberge

In den 70er Jahren wurde die berufliche Vorsorge, die 2. Säule, obligatorisch. Der Gegenvorschlag einer Volkspension wurde gemeinsam von bürgerlicher, sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Seite bekämpft. Die 2. Säule funktioniert nach dem Kapitaldeckungsverfahren (d.h. Vorfinanzierung der eigenen Rente) und liefert immense Geldmengen, die «gewinnbringend angelegt» werden müssen, in einer Zeit, wo eh zuviel Kapital vorhanden ist. Dass die Unternehmerseite heute eine Systemumstellung zum Kapitaldeckungsverfahren bei der AHV fordert, angeblich aus demografischen Gründen, ist eine schwer nachvollziehbare Logik. Sie propagieren momentan einen Ausbau der 3. Säule, d.h. dem freiwilligen privaten Sparen, womit sie sich elegant aus der Verantwortung stehlen wollen. Wenn die obligatorischen 2 Säulen nicht ausreichen sollten, ist das schliesslich nicht mehr ihr Bier...

Wer bezahlt?

Die AHV hauptsächlich und die 2. Säule ausschliesslich werden über Lohnprozente finanziert, wobei der ach so grosszügige Anteil der Arbeitgeber genauso zum Lohn gehört. Während der sog. «Hochkonjunktur» war es einfacher, den Bossen Zugeständnisse bezüglich Sozialversicherungen abzurufen. In der heutigen Situation versuchen sie nun alles, diese Errungenschaften sukzessive wieder abzubauen.

Liverpooler Streik

Die LiverpoolerHafenarbeiter sind immer noch im Streik! Der Druck auf die Shop Stewards und die Basis, einen Kompromiss einzugehen, wird aber von Tag zu Tag grösser. Die Gewerkschaftsführung ihrerseits spürt den politischen Druck der Labour Party, welche demnächst die konservative Regierung ablösen dürfte und den Streik vom Tisch haben will. Was macht man in einer solchen Situation? Den Druck weitergeben. Die «Spenden» der Gewerkschaft, welche nichts anderes als indirekte Streikgelder sind, wurden gestrichen. Gleichzeitig versucht die Gewerkschaftsführung, eine Urabstimmung über die Frage der Fortsetzung des Streiks durchzuführen. Die Shop Stewards ihrerseits haben der bestreikten Mersey Docks and Harbour Company (MDHC) ein Angebot unterbreitet. Sie wollen eine non profit Firma, eine genossenschaftlich organisierte Gesellschaft, an welcher alle Hafnarbeiter gleichberechtigt beteiligt sind, gründen. Diese soll die Hafnarbeit in eigener Regie übernehmen. Die MDHC denkt aber nicht daran, die Streikbrecher zu entlassen und will diese weiter für die Arbeit im Hauptdock, dem Seaford, beschäftigen. Der Gesellschaft der Dockers sollte nach diesem Szenario die Drecksarbeit auf dem Restgelände überlassen bleiben. Die Gewerkschaftsführung findet das prima und freut sich über den Vorschlag, der ganz ihren Vorstellungen der freien Marktwirtschaft entspricht. Wir werden in aufbau 7 über die weitere Entwicklung berichten.



Dockers an einem Streikposten.

CHRONOLOGIE DER ARBEITER/INNENKÄMPFE

Unter dieser Rubrik werden wir regelmässig über ArbeiterInnenkämpfe aus den verschiedensten Ländern berichten. Jeder geführte Kampf und erst recht jeder noch so kleine Erfolg durchbricht die lähmende Angst vor den unternehmerischen Angriffen. Der Widerstand dagegen ist keineswegs von vornherein zum Scheitern verurteilt, wie uns dies die UnternehmerInnen und Gewerkschaftsbosse weismachen wollen. Unsere Chronologie ist sicher unvollständig, es fehlen Deine Informationen über die Versammlung an Deinem Arbeitsort oder den – vielleicht gescheiterten – Streik gegen Entlassungen oder Lohnabbau in Deinem Betrieb.

Schweiz

- Bei der Sulzer Infra Romandie in Lausanne legen die Monteure am 29.1.1997 die Arbeit nieder. Damit protestieren sie gegen die von der Direktion angekündigten Entlassungen. In altbekannter klassenspalterischer Manier begründete die Geschäftsleitung den Stellenabbau damit, dass nur so die restlichen 130 Arbeitsplätze aufrechterhalten werden könnten. Am Abend des ersten Streiktages halten die Bosse an den Entlassungen und Verlegungen fest. Die Streikenden beschlossen daraufhin, den Protest auf unbestimmte Zeit fortzusetzen. Nach einer Woche Streik wurde es dann den Gewerkschaftsbossen der SMUV wahrscheinlich doch zuviel des Streikes und handelte folgenden Kompromiss aus:

- Sulzer suspendiert die am 23.1.1997 ausgesprochenen Entlassungen und Versetzungen bis Ende Februar(!)

- Die Arbeitgeber bezahlen der Belegschaft die bestreikten Tage.
- Gegenüber Personal keine Repression, Entlassungen oder Kündigungen.

Am 5.2.1997 beschloss die Generalversammlung der Monteure, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Sulzer Infra beschliesst im übrigen am 14.4.1997 weitere Massenentlassungen in der ganzen Schweiz.

- Am 7.3.1997 wurde in der von-Moos-Tochter Pantex-Stahl in Büron (Luzern) für einen Tag gestreikt. Dies nachdem der neue Verwaltungsratspräsident der von Moos Holding AG, Robert A. Jeker, bekannt gab, dass das Stahlwerk mit 120 ArbeiterInnen geschlossen werden soll. 130 werden im Werk Emmenbrücke, 80 in Gerlafingen entlassen (siehe auch Seite 12). Damit es ja nicht zu einem entschlossenem Arbeitskampf kommt, dafür hatten auch die GewerkschaftsbosInnen gesorgt. Zusammen mit den Stahlbossen haben diese Handlanger des Kapitals versucht, in ihrem Standortkrieg die ArbeiterInnen der verschiedenen Stahlwerke gegeneinander aufzuhetzen, um zu verhindern, dass es zu gemeinsamen Aktionen kommt. Dass das von den Gewerkschaftsspitzen verbreitete Motto «Hoffentlich trifft's mich nicht» kaum gross auf Begeisterung stiess, wurde am 23.3.1997 an einer Betriebsversammlung der Moos AG in Emmenbrücke klar. Ein Basismitglied meinte etwa mit Blick zu den Gewerkschaftsbossen: «Ihr sprecht von Schadensbegrenzung, von Alterskategorien. Der ist brauchbar, der ist überflüssig. Warum sprechen wir nicht darüber, ob wir uns dieses System, wo nur an Geld und Rentabilität gedacht wird, überhaupt noch

leisten können? Und eines will ich Euch sagen: Angst ist ansteckend, Mut ist es aber auch!» Ein weiterer Arbeiter sagte: «Hätte sich unsere Gewerkschaft für die Belegschaften beider Standorte eingesetzt, wären wir heute nicht hier.»

- Erfolgreich haben sich die Westschweizer Arbeiter des Baukonzerns Zschokke gegen den Angriff auf ihren Lohn gewehrt. Die Bosse wollten einen Teil des Lohnes zurückbehalten und «bei gutem Geschäftsgang» am Ende des Jahres in Form von Prämien auszahlen. Diese Unverschämtheit liessen sich die



Warnstreik der Zschokke-Bauarbeiter am 14.4.1997.

Zschokke-Arbeiter nicht gefallen. In Genf und Lausanne traten am 14.4.1997 rund 300 Bauarbeiter in den Streik und organisierten eine Demo vor den Hauptsitz des Unternehmens im Genfer Stadtzentrum. Mit einem ersten Erfolg: Die Baulöwen der Zschokke-Gruppe sehen vorderhand vom Angriff auf

1. MAI 1996/Bericht der GPK

Die fleissigen Heinzelmännchen im Dienste des Kapitals

Lange und fleissig haben sie die Ereignisse um den 1. Mai 1996 untersucht. Die Polizei bekam ihren Rüfel in wohl dosierten Mass ab, und die revolutionäre Linke wurde als schuldig für die massiven Tränengaseinsätze gegen die FestbesucherInnen auf dem Kasernenareal erklärt. Gleichzeitig wird diese ultimativ zum Gewaltverzicht aufgefordert.

(kgi) Fast ein Jahr hat die Geschäftsprüfungskommission des Gemeinderates (GPK) gebraucht, um ihren Bericht abzuliefern. Aber sie hat einiges geleistet. Auf den Dächern um die Kasernenwiese herum sind die Damen und Herren des Gemeinderates gekrochen, wo sie nach leeren Hülsen gesucht, wohl aber vor allem die Aussicht genossen haben. Schiessübungen im Grünen standen auf dem Programm. Sie wollten

selber in Erfahrung bringen wie hoch und wie weit Tränengaspetarden fliegen. Tagelang haben sie die Täter einvernommen. Die gaben im Grossen und Ganzen breitwillig ihre eigene Version vom Geschehen zum Besten. Aussageverweigerung wäre kontraproduktiv gewesen. Man war unter sich. Kritik hat es dann für sie, die Bullen, schon ein wenig abgegeben. Unzulänglichkeiten im strategischen und taktischen Bereich, schlechte Kommunikation zwischen der Einsatzleitung und dem Corps, aber auch dem 1.-Mai-Festkomitee und noch einiges mehr. Polizeidirektor Neukomm und sein Kommandant, Räuber Philipp Hotzenköcherle, können mit dieser Kritik durchaus leben und gaben nach Publikation des Berichtes jovial-lockere Interviews. Dazu hatten sie allen Grund. Der im Bericht detailliert geschilderte Ablauf der Ereignisse strafte zwar die Polizeikommentare, die damals gleich nach dem 1. Mai zum Besten gegeben wurden, der Lüge. Das wurde im Bericht aber höflich verschwiegen, weil nebensächlich. Genauso die Frage, warum sie ausgerechnet neben der Kinder- und Festwiese auf dem Kasernenareal die Nachdemo stoppen wollten. Auch da findet man Gott sei Dank keinen ernsthaften Rüfel im gemeinderätlichen Verdikt. Schliesslich verfügen sie über ein Gewaltmonopol. Da können sie uns stoppen, wo sie wollen. Wenn wir uns nicht stoppen lassen, dann sind wir die Bösewichte, die «angefangen» haben. Damit ist ihre Welt wieder in Ordnung. Nicht ganz. Der Präsident der GPK, Sozialdemokrat Ueli Keller, sinnierte an der Pressekonferenz über die missliche «Konjunkturenlage», die wachsende Zahl der Arbeitslosen, den allgemeinen Lohn- und Sozialabbau und folgerte messerscharf, dass in Zukunft eine Zunahme von Sozialkonflikten zu befürchten sei. Neben der Repression ist also auch der Dialog angesagt. Hötzenköcherle blies ins gleiche Horn. Er verlangt von den «Organisatoren der Nachdemo», eine Bewilligung einzureichen, damit man sich über Route und so fort im Vorfeld schon einigen könne. Weiter, und da wird der Ton schon wieder schärfer, fordern sämtliche Parteien bis hin zu den Gewerkschaften eine klare Gewaltabsage.

Die Frage der Gewalt

Warum kann eine revolutionäre Linke auf diese Forderungen, die so alt wie der bürgerliche Staat sind,

nicht eingehen? Der bürgerliche Staat als Interessenvertreter des Kapitals baut auf sein Machtmonopol. Ohne Macht- oder Gewaltmonopol kann das Kapital seine Interessen nicht durchzusetzen. Diese stehen aber in einem objektiven Widerspruch zu den Interessen der ArbeiterInnenklasse. Die Bourgeoisie will Profit und nochmals Profit – ohne ständige Profitmaximierung können sie als Klasse gar nicht überleben. Ihre massiven Angriffe auf die Arbeitsplätze, auf die Löhne und die von der ArbeiterInnenklasse erkämpften sozialen Errungenschaften wie beispielsweise die Arbeitslosen- und Hinterlassenenversicherung (AHV) sind Ausdruck dieser Logik. Sie zeigen aber auch auf, dass da zwei Interessenlagen aufeinanderprallen, die unversöhnlich sind. Das Gewaltmonopol der schützenden Hand des Kapitals anzuerkennen heisst, sich dieser Einsicht zu verschliessen. Die Gewaltfrage – wie die GPK und alle bürgerlichen Parteien es wieder einmal gemacht haben – auf Steine, Mollis und so weiter zu reduzieren, soll von den realen Verhältnissen ablenken und revolutionäre Positionen kriminalisieren und damit entpolitisieren.

Den Kampf auf die Strasse tragen

Wir suchen die Auseinandersetzungen mit den Schergen dieses Staates nicht, solange sie sich uns nicht in den Weg stellen. Die Strasse lassen wir uns aber nicht wegnehmen. Auf die Strasse tragen wir unsere politi-

Die Nachdemo

Die Nachdemo hat eine lange Tradition. Seit 1967 findet sie alljährlich nach dem Umzug statt. Sie war eine Antwort auf die Gewerkschaftsführung, die den 1. Mai schon lange zum Feiertag degradiert hatte. Die Nachdemo gab dem 1. Mai seinen Inhalt also internationalen Kampftag der ArbeiterInnen, der SchülerInnen und Lehrlinge zurück. Zu feiern gab es schon 1967 wenig. In Griechenland, Spanien und Portugal waren faschistische Diktaturen an der Macht. In Vietnam wehrte sich das vietnamesische Volk erfolgreich gegen den US-Imperialismus.

Jahrelang führten die Nachdemos zu den Konsulaten der USA, Griechenlands und Spaniens, später auch zum türkischen. Die revolutionäre Linke liess sich den proletarischen Internationalismus, wie z.B. ihre Solidarität mit dem vietnamesischen Volk und mit den gegen ihre Ausbeutung und Unterdrückung kämpfenden ArbeiterInnen und StudentInnen in all diesen und anderen Ländern nicht nehmen. Und schon gar nicht von den Bullen.

Die «Hochkonjunktur», d.h. der lange Aufschwung ging anfangs der 70er Jahre dem Ende entgegen. Der Fremdenhass wurde gezielt geschürt und damit der «Export» der Arbeitslosigkeit, d.h. der massenhafte Rausschmiss der «FremdarbeiterInnen» vorbereitet. Gegen Ende der 80er Jahre verlagerten sich die politischen Inhalte im Zuge der sich verschärfenden Krise auf die Situation am Arbeitsplatz. Die Kampagne gegen den Arbeitsfrieden erreichte am 1. Mai 1987 ihren Höhepunkt: «50 Jahre Arbeitsfrieden sind genug! Klassenkampf gegen Arbeitsfrieden!». Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit rückte immer mehr ins Zentrum.



1. Mai 1996 in Zürich.

schen Inhalte und Vorstellungen. Die Strasse ist für uns ein entscheidendes Terrain, und nicht das Parlament oder der runde Tisch mit Gewerkschaftsbonzen und der Sozialdemokratie. Den Angriffen der Bourgeoisie gegen die Arbeitsplätze, gegen die Löhne und die Errungenschaften in der Schule, in der Lehre und im Arbeitsbereich stellen wir uns in den Weg. Wir wollen gemeinsam und organisiert aus den individuellen Einzelsituationen der Ausbeutung und verschiedensten Unterdrückungsmassnahmen ausbrechen und zeigen, dass man nicht alleine ist und gemeinsam gegen die Angriffe und für eine andere Gesellschaft als die kapitalistische kämpfen kann. Darum unsere Parole, den Kampf auf die Strasse tragen. Am 1. Mai 1997 erst recht!

CHRONOLOGIE DER ARBEITER/INNENKÄMPFE

den Lohn ab. Die erhöhte Wachsamkeit der Bauarbeiter ist aber notwendig, da die Zschokke-Gruppe laut ihrem Präsidenten Bernhard Köchlin Verhandlungen mit der GBI-Führung aufgenommen hat und «andere Möglichkeiten erwägt».

Argentinien

• In der Provinz Neuquen sind am 12.4.1997 bei Auseinandersetzungen zwischen streikenden LehrerInnen und Bullen eine Frau getötet und 13 Personen verletzt worden. Die LehrerInnen kämpfen für höhere Löhne und gegen Arbeitsplatzabbau.

Polen

• Im März kam es zu teils heftigen Protesten von ArbeiterInnen gegen die Schliessung der Danziger Schiffswerft. Am 13.3.1997 legten 2000 ArbeiterInnen den Verkehr in Danzig lahm. Am 20.3.1997 wurden in der Hauptstadt Warschau Regierungsgebäude besetzt, worauf es zu Strassenschlachten mit den Bullen kam.

Iran

• Am 16.12.1997 wurde eine Demo von streikenden Arbeitern in der Hauptstadt Teheran von den Bullen aufgelöst. Hunderte wurden festgenommen und mit Bussen an einen unbekannt Ort gebracht. Seit Mitte Dezember 1996 sind in verschiedenen Erdölraffinerien die Arbeiter in den Streik getreten (siehe aufbau 5).

Südkorea

• Trotz heftigen ArbeiterInnenprotesten (siehe aufbau 5) wurde das neue Arbeitsgesetz am 12.3.1997 leicht modifiziert in Kraft gesetzt. Erneut kündigten die Gewerkschaften einen neuen Generalstreik an.

Frankreich

• Mit Erfolg beendeten am 6.2.1997 nach über drei Wochen die Bankangestellten der Crédit foncier de France (CFF) ihre Besetzung der Bank und liessen auch die festgehaltene Geschäftsleitung frei. Die Direktion zog den Sparplan zurück. Diese Aktionsform fand in ganz Frankreich grosse Nachahmung. In zahlreichen Firmen wurden Chefs von den Angestellten in ihre Büros eingeschlossen und Forderungen für deren Freilassung gestellt. Weiter so.

Deutschland

• In Magdeburg haben die ArbeiterInnen im Druckzentrum der «Magdeburger Volksstimme» ihren über vier Wochen dauernden Streik mit einem fast vollständigen Sieg beendet. Durchgesetzt wurden 100% Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Absicherung der Schicht- und Feiertagszuschläge usw. Die Konzernleitung versuchte quer durch Deutschland mit Streikbrecherarbeit Notausgaben der Zeitung zu produzieren. Die DruckerInnen reagierten mit fliegenden Streikposten, um vor Ort zur Solidarität aufzurufen. In der vierten Woche warb der berühmte Bauer-Verlag sogar Streikbrecher aus England an, die mit 1. Klasse-Flug, Luxus-Hotel und einem Wochenlohn von etwa 3500 Fr. (!) angelockt wurden. Als die Streikbrecher mit den Bullen an den Streikposten vorbei ins Werk geschleust werden sollten, packten sie aber überraschend ihre englische Gewerkschaftsfahne aus und reichten sich in die Streikpostenkette ein. Eine wichtige Erfahrung des Streiks für weitere Kämpfe war die Klassensolidarität zwischen den ArbeiterInnen in Ost und West.

Aufbau Vertrieb

Da historisches Bewusstsein davon ausgeht, die Gegenwart zu verändern ... findet man bei uns nebst kommunistischen KlassikerInnen, proletarischen Romanen, Frauenbiographien, historischen Bildbänden ...

...aktuelles aus der internationalen Debatte zur Frage der revolutionären kommunistischen Perspektive: Subversion, Texte, Correspondence Revolutionnaire, Resistencia usw.

Subversion 17

Der Offensive der Bourgeoisie die revolutionäre Perspektive entgegensetzen, Fr. 8.–

Subversion 16

«Ich lebe für den Sozialismus», zur politischen Geschichte von Barbara Kistler, Fr. 8.–

texte 8

Bewaffneter Kampf, revolutionäre Politik und Parteiaufbau heute in Europa, Fr. 8.–

Rapporti sociali

Zeitschrift zur Debatte für den Kommunismus, Fr. 10.–

Buchantiquariat

An- und Verkauf kommunistischer Literatur, jeden Samstag, 10.00 bis 15.00 Uhr
Kanonengasse 35, 8004 Zürich
(im Hinterhaus, Eisentreppe)
Postadresse: Postfach 853, 8025 Zürich

Internet: <http://www.afadat.ch>

DÄNEMARK/Interview mit der revolutionären sozialistischen Jugendorganisation Rebel

Don't just get angry – get organised!

Sie kämpfen gegen alle Formen von Ausbeutung und Unterdrückung und wollen deshalb den existierenden Kapitalismus zerstören, um eine sozialistische Rätedemokratie aufzubauen. Die Reichtümer sollen vergesellschaftet werden, die Technologie soll die Umwelt sichern und das Leben aller erleichtern. Betriebe, Schulen oder Spitäler sollen von denjenigen, die dort arbeiten, kontrolliert werden. Denn Demokratie soll kein Wahlzettel sein, auf den alle vier Jahre mal ein Kreuzchen gemacht werden darf. Sie nennen sich Rebel und sind die grösste revolutionäre Jugendorganisation in Dänemark.



(jg) Das nachfolgende Interview soll ein Beitrag in der Diskussion um die Selbstorganisation proletarischer Jugendlicher sein. Auch wenn wir nicht alle ihre Positionen teilen, verstehen wir dieses Interview mit Rebel als Denkanstoss. In der sich verschärfenden kapitalistischen Krise und in Zeiten, in welchen der Widerstand dagegen wächst, steht die Frage der Organisation von Gegenmacht wieder vermehrt zur Debatte. Die Organisation der proletarischen Jugend ist ein Teil davon, mit dem wir uns als Jugendgruppe des revolutionären Aufbaus vertieft auseinandersetzen müssen. Dazu gehört auch der Austausch von internationalen Erfahrungen.



Blockade der Esbjerg BusfahrerInnen.

Wie ist Rebel entstanden?

Rebel: Ende der 80er Jahre hat sich die Dänische Kommunistische Jugend aufgelöst, als Folge des Zusammenbruchs der Ostblockstaaten. Danach haben sich viele Leute entpolitisiert, sind FahrradkurrierInnen geworden oder gingen zur reformistischen Jugendorganisation VSU, die aber 1992 auch verschwunden ist. Zu diesem Zeitpunkt haben wir dann Rebel gegründet. Mit dabei waren Leute, die früher bei den anderen

Jugendorganisationen waren, TrotskistInnen, Leute aus der Bewegung und dem Häuserkampf, aber keine StalinistInnen. Bei Rebel gibt es Platz für verschiedene Positionen. Unsere Einheit ist ein Minimalprogramm, das 10-Punkte-Programm.

Wen meint Ihr denn mit StalinistInnen?

Rebel: Damit meinen wir vor allem die Leute aus der DKP/ML, die die Stalin-Ära der Sowjetunion, den Ostblock und Albanien unterstützten und im Anti-EU-Kampf Bündnisse mit reaktionären und bürgerlichen Kräften eingegangen sind. Sie wollen auch die sogenannte Ghettoisierung in dänischen ArbeiterInnenquartieren mit einem Quotensystem verhindern, das dort nur 10% AusländerInnen erlaubt, und gegen die Faschos wollen sie mit Gesetzen antreten und auf keinen Fall mit Klassenmobilisierungen. Als Antwort auf die Rebel-Gründung hat die DKP/ML dann eine eigene Jugendorganisation, die Rote Jugend, aufgebaut.

Ihr nennt Euch revolutionär und sozialistisch, was bedeutet das für Euch?

Rebel: Wir denken, dass echter Sozialismus nicht durch eine parlamentarische Mehrheit erreicht wird, oder dass die Bourgeoisie überstimmt werden kann, und der Sozialismus langsam den Kapitalismus ersetzt. Stattdessen müssen die Leute in den Betrieben, Schulen oder Stadtteilen aktiv für mehr Selbstbestimmung und Einflussnahme kämpfen und eine organisierte Gegenmacht zur herrschenden Klasse aufbauen. Unter Sozialismus verstehen wir eine Rätedemokratie, wo die ArbeiterInnen ihre Betriebe selbst verwalten, und der gesellschaftlich erarbeitete Reichtum für alle da ist und nicht nur für ein paar Reiche. Zudem sollen alle über die gleichen Ausbildungschancen und die notwendige Zeit verfügen, dass sie sich auch wirklich aktiv an dieser Demokratie beteiligen können.

Wie hat sich Eure praktische Arbeit nach 1992 entwickelt?

Rebel: Im ersten Jahr hatten wir vor allem viele strukturellen Probleme, wir wussten nicht, wie wir uns koordinieren sollten, wir waren eher eine Art Telefonkette. Ende 1993 starteten wir eine Antirassismuskampagne, weil an den dänischen Lokalwahlen viele rassistische Listen teilnahmen. Wir organisierten eine landesweite Veranstaltungsreihe mit einer anarchistischen Gruppe aus Berlin, den Edelweisspiraten. Danach entstanden viele neue Lokalgruppen. 1994 bis 1995 waren wir vor allem mit militanter AntiFa-Arbeit beschäftigt. Wegen der liberaleren Gesetze in Dänemark versuchten verschiedene Fascho-Organisationen nach ihrer Illegalisierung in der BRD bei uns Fuss zu fassen. Das haben wir erfolgreich verhindern können. Vor allem im Süden Jütlands haben wir die Faschos aus ihren Häusern und Wohnungen geholt und die Wohnungen zerstört oder die Häuser angezündet. Ein paar Mal hat uns dabei die ganze Dorfbewölkerung geholfen. Das antifaschistische Bewusstsein der Leute ist zum Teil ziemlich gross. Ende 1995 hätte sich Rebel fast zersplittert an der Frage über eine mögliche Zusammenlegung mit der Roten Jugend und den unabhängigen jugendlichen Sozialisten. Es hat sich dann eine Tendenz gebildet, die Autonomen Rebellen, die diese Zusammenlegung bekämpften. Aber die Rote Jugend wäre sowieso nicht interessiert gewesen.

Das Positive an diesem Streit war die politische Klärung. Es hat sich gezeigt, dass es verschiedene politische Positionen in Rebel gibt, und diese Klärungsphase muss weitergehen, wenn wir eine grössere politische und ideologische Einheit erhalten wollen.

Ihr habt bisher vor allem von Eurer AntiFa-Arbeit erzählt, aber in Eurem 10-Punkte Programm redet Ihr

10-Punkte Programm von Rebel

1. Befreiung von allen Formen von Ausbeutung und Unterdrückung.
2. Den existierenden Kapitalismus zerstören, um eine sozialistische Rätedemokratie aufzubauen.
3. Die gesellschaftlich erarbeiteten Reichtümer sollen allen zugute kommen, die Technologie soll die Umwelt schützen und das Leben aller erleichtern.
4. Die Betriebe sollen von denjenigen verwaltet und kontrolliert werden, die dort arbeiten.
5. Möglichst grosse Beteiligung der Massen am gesellschaftlichen Prozess.
6. Soziale Notstände oder Umweltverschmutzung sind Folgen der kapitalistischen Gesellschaftsform; zu einer Veränderung braucht es deshalb keine Symptombekämpfung, sondern einen Kampf gegen die Ursachen.
7. Aktive Solidarität mit allen revolutionären Prozessen im Trikont.
8. Kampf gegen die Klassenspaltung und den Nationalismus.
9. Aktive politische Arbeit in demokratischen Gewerkschaften und Basisorganisationen und Kampf für autonome Freiräume.
10. Sozialismus kann nicht durch eine parlamentarische Mehrheit erreicht werden, sondern nur durch den Aufbau von proletarischer Gegenmacht.

klare Klassenkampfsprache. Wie habt Ihr Euch zur dänischen Streikbewegung der letzten Jahre verhalten?

Rebel: Ein Beispiel: Vor zwei Jahren wurde in Esbjerg, Jütland, eine staatliche Buslinie privatisiert, FahrerInnen wurden entlassen und Löhne gekürzt. Etwa zehn Monate lang haben sich die ArbeiterInnen gewehrt, gestreikt, den Busbahnhof blockiert und Demos organisiert. Es kamen solidarische ArbeiterInnen aus Schweden und Norwegen, um sich an den Aktionen zu beteiligen. Es gab einen nationalen Solidaritätsstreik mit einer Beteiligung von 200.000 Leuten. Wir haben eine Jugendblockade errichtet, und täglich waren mindestens fünf Rebell-Leute auf Streikposten. Unsere Lokalgruppe in Esbjerg ist durch diesen Arbeitskampf zu stärkster Gruppe Jütlands geworden. Am Anfang waren es 10 Leute, am Ende 35. Die ArbeiterInnen haben den Kampf allerdings wegen einem Gewerkschaftskommiss verlor.

Wieviele seid Ihr inzwischen? Und wie koordiniert Ihr Euch untereinander?

Rebel: Wir sind im Moment etwa 450 Leute, organisiert in 20 Lokalgruppen. Ein bis zweimal im Monat schickt jede Gruppe eineN DelegierteN an die Landeskoordinatonsitzung, wo unser Jahresplan, nationale Kampagnen und Plakate besprochen werden. Für lokale Aktivitäten sind die einzelnen Gruppen zuständig. Im

Frühling und im Herbst treffen sich alle je ein Wochenende zu den Landestagen, wo Schulungen durchgeführt und Änderungen in unserem Programm diskutiert werden. Und jeden Sommer organisieren wir zusammen mit anderen Gruppen und Organisationen unsere Fight-the-Power-Camps, wo wir verschiedene Schulungswshops zu politischen und ökonomischen Themen wie Frauenbefreiung, Krisentheorien oder proletarischer Kultur durchführen.

In Eurem 10-Punkte-Programm wird die Frauenfrage nicht speziell erwähnt, hat die Befreiung der Frau für Euch keine Bedeutung?

Rebel: Im ersten Punkt schreiben wir, dass wir gegen alle Formen von Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen. Da ist die Frauenunterdrückung mitgemeint. Aber das ist klar ein schwaches Argument. Wir werden diese Frage in unserem neuen Programm, das wir dieses Jahr erarbeiten werden, miteinbeziehen. Es gibt in Rebel auch noch keine Bereiche, wo sich die Frauen eigenständig organisieren. Allerdings sind in Jütland viele Lokalgruppen reine Frauengruppen, weil die Mehrheit der Rebelmitglieder sowieso Frauen sind.

10 gode argumenter mod kapitalisme - og der er flere!



10 gute Argumente gegen den Kapitalismus - und es gibt noch mehr!

JUGENDARBEITSLOSIGKEIT STEIGT WEITER

Pflaster ab!

Die neuen Zahlen des Bundesamts für Industrie, Gewerbe und Arbeit sprechen für sich: 58.500 Jugendliche suchen dieses Jahr eine Lehrstelle, aber nur 54.100 Stellen werden angeboten. Laut dem «Tages Anzeiger» werden «4.400 Jugendliche auf der Strasse bleiben». Warum nicht auf die Strasse gehen, fragen wir, und zwar am 1. Mai, weil uns die Statistiken betreffen und uns die Pflasterlipolitik schon lange nichts mehr vormachen kann.

(jg) Der Arbeitgeberverband und das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (Biga) sind sich einig: der Lehrstellenmangel gehe zurück, sobald die Wirtschaft wieder wachse. Bis zu diesem Tag X verschärfe sich die Lage aber weiterhin, schon bis Ende Jahr werde ein weiterer Abbau von 1.400 Lehrstellen erwartet und das, obwohl jedes Jahr 2000 Jugendliche mehr 16 Jahre alt werden. Man rechne ... Wann dieser Tag X sein soll, können sie nicht so genau sagen, aber die Schätzungen waren schon optimistischer als heute.

Schon lange werden keine Zahlen mehr veröffentlicht, ohne nicht immer wieder zu versichern, dass ganz bestimmt etwas dagegen unternommen werde. Wogegen? Gegen die Zahlen natürlich! Anders können die eingebrachten Vorschläge gar nicht gemeint sein. Von allen Seiten werden Vorschläge

ausgearbeitet, die den Firmen die Schaffung neuer Lehrstellen erleichtern sollen. Die Gewerkschaften ziehen ein Anreiz- und Bestrafungssystem vor, das Biga und der Arbeitgeberverband tippen eher auf einen Fonds, den alle bezahlen und nur die Ausbilder beziehen, oder gar auf die superflexible Idee, die Jugendlichen in mehreren Betrieben lernen zu lassen. Das Pflasterli lässt grüssen! Gegen ein grösseres Lehrstellenangebot wäre nichts einzuwenden, aber lassen wir uns nichts vormachen, der enorme Lehrstellenabbau ist ein Ausdruck der allgegenwärtigen Krise. Die dargebotenen Lösungsvorschläge unterstützen höchstens den Kampf gegen die hohen Zahlen der Arbeitslosenstatistik. Hier ein paar weniger und hopp – dafür dort ein paar mehr. Betrachtet man zum Beispiel die Statistiken der Stadt Zürich vom Februar 97, so wird ersichtlich, dass die Anzahl der jugendlichen Arbeitslosen in zwei Jahren von 88 auf 216 gestiegen ist (2,8% Arbeitslosenquote), die der 20 bis 24-jährigen aber mit 1580 (6,8%) doch weitaus grösser ist. Vielleicht kommen sie dann auf die Idee mehr Stellen für 20 bis 24-jährige zu schaffen, doch auch die feiern früher oder später ihren 25. Geburtstag, was wiederum heissen würde ... Ja, schon als Kinder haben wir an unseren eigenen kleinen Fingern erfahren, dass Pflasterli nicht lange halten. Darum Pflaster ab, und alle an die Demo!

Arbeiterinnen in Thailand kämpfen gegen den Kleidermulti Eden

Die Geschichte beginnt wie üblich – ein internationaler Bekleidungs-multi will die Arbeitskosten senken und verlegt seine Produktion von Österreich in ein Billiglohn-Land. 1991 beschäftigte die Eden Company noch über 4500 Arbeiterinnen in Betrieben in Thailand – im November 1996 waren es noch gleich Null.

(ml) Die Eden-Company, ein Unternehmen mit grosser österreichischer Beteiligung und seit 20 Jahren in Thailand tätig, erzielte jährlich rund 70 Mio Dollar Profite. 1994 waren es 100 Mio Dollar. In ihren Betrieben wurde 12 Stunden täglich gearbeitet und 3–6 Stunden unbezahlte Überzeit waren an der Tagesordnung. Die extreme Armut dieser Länder nutzt die imperialistische Bourgeoisie, um Kinder und Frauen als billigste Arbeitskräfte auszupressen. In der Textilbranche sind 90% der Angestellten Frauen und Kinder. Auch bekannte Markenunternehmen lassen ihre Produkte in Asien herstellen, so z.B. Adidas, Nike, Intersport oder Reebok. Die bekannten Mickey Mouse T-Shirts, Jeans oder Bettwäsche werden dort produziert. Alles Gebrauchsartikel, die aus unserem Alltag kaum wegzudenken sind.

Auch Schweizer Geschäfte profitieren

1996 hat die Schweiz für 40 Mio Franken Kleider aus Thailand importiert. Hauptsächlich durch Migros,



Protest der Arbeiterinnen gegen den Eden-Multi vor der österreichischen Botschaft in Bangkok.

ABM und Vögele. Mit der Kampagne der «Erklärung von Bern», «Let's go fair», haben diese Geschäfte versichert, keine Eden-Produkte («American wear») mehr zu verkaufen. Doch ist dies kaum überprüfbar und falls die Waren nicht mehr aus Thailand kommen, dann sind sie eben Made in India, Hongkong oder Südkorea. Der internationale Konkurrenzkampf läuft auf Hochtouren, die Preise werden von den auftragsstarken Kleidermultis diktiert und der Druck, so schnell und so billig wie nur möglich zu produzieren, wird auf die Arbeiterinnen abgewälzt.

Das Verhalten des Eden-Managements ist ein Musterbeispiel für die Ausbeutungsverhältnisse in den Trikont-Ländern. Nachdem die Arbeiterinnen der Eden-Gruppe angefangen haben, für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen, hat die Firma nach und nach immer mehr Arbeiterinnen entlassen und schlussendlich bei Nacht und Nebel die Fabrik geräumt, das Land verlassen und sich in Laos niedergelassen. Die Arbeiterinnen haben sich jedoch nicht entmutigen lassen und kämpfen weiter. Sie haben internationale Kontakte aufgenommen um ihre Situation bekannt zu machen. An einer Veranstaltung in Zürich erzählten sie ihre Geschichte.

«1991 gründeten wir eine Betriebsgewerkschaft und begannen uns gegen die Arbeitsbedingungen zu wehren. Bis zu diesem Zeitpunkt haben wir nur einen Minimallohn erhalten. Die Gewerkschaft hatte folgende Forderungen erhoben: Lohnerhöhungen und Kompensationszahlungen für entlassene Arbeiterinnen und solche, die infolge der miserablen Arbeitsbedingungen sterben. Nun begann die Firma die Arbeiterinnen in Unterbetriebe aufzusplitteln. Viele wurden entlassen. Gewerkschafterinnen wurden besonders unter Druck gesetzt. Ein Jahr später arbeitete nur noch die Hälfte der Belegschaft in der Fabrik. 2500 Frauen waren entlassen worden. Da die Fabrik die Produktion an Unterfirmen verteilt hatte, gab es kaum mehr Arbeit für uns. Viele arbeiteten ohne Bezahlung. Unser Kampf ging noch darum, wenigstens die Hälfte unseres Lohnes zu erhalten.»

Für viele Arbeiterinnen war die Situation so prekär, dass sie freiwillig die Fabrik verliessen. Im Februar 1996 wurden weitere 50 Arbeiterinnen in eine Unterfirma verlegt. Es stellte sich heraus, dass diese eine Vertragsnehmerin der Eden Company und ein Arbeitssort mit illegalen Arbeitsbedingungen war. Gleichzeitig begann die Firma ihre Maschinerie an solche Unterbetriebe zu verkaufen und es wurden weitere 800 Mitarbeiterinnen entlassen. Darauf organisierten 1500 Arbeiterinnen vor dem Fabrikgebäude, sowie vor dem österreichischen Konsulat einen Sitzstreik. Die Polizei versuchte, die kämpferischen Arbeiterinnen zu vertreiben. Daraufhin besetzten diese jedoch die Autobahn, welche zum Flughafen führt. Nun schaltete sich die Regierung ein. Es kam zu Verhandlungen mit dem Management. Für 800 Arbeiterinnen wurden Kompensationszahlungen sowie keine weiteren Entlassungen mehr ausgehandelt. Aber bereits einige Monate später wurden weitere 350 Arbeiterinnen ohne Kompensationszahlungen entlassen.

Die fortlaufenden Angriffe veranlassten die Arbeiterinnen erneut dazu, Streikwachen und Demonstrationen vor Fabrik und Regierungsgebäude durchzuführen. Weitere Verhandlungen und Zugeständnisse folgten, die jedoch nie eingehalten wurden, bis sich Direktion und Management vollends aus dem Staub machten. Sie hinterliessen bei Banken und Zulieferfirmen Schulden in der Höhe von 50 Mio Dollar. Die Regierung hat den Arbeiterinnen je 600 Dollar Kompensationen bezahlt und ihnen zugesichert, gegen die Eden-Gruppe gesetzliche Schritte wegen internationaler Wirtschaftskriminalität einzuleiten. Gegen den Besitzer Adam Lisowski und den Manager Adi Haft wurden Haftbefehle ausgestellt. Selbstverständlich bloss, weil sie Banken und Firmen schädigten. «Nach unserer Tour in Europa werden wir erneut in Thailand die Regierung unter Druck setzen, wir werden auch die Gewerkschaften weiter mobilisieren. Aber früher oder später müssen wir wieder Arbeit suchen um unsere Familien zu ernähren. Wir sind seit 6 Monaten täglich an den Streikwachen beteiligt und wir brauchen wieder Arbeit und Geld. Aber die Kampagne für die Kompensationszahlungen werden wir weiterführen.»

Weitere Protestaktionen

Durch den Kampf der thailändischen Arbeiterinnen ist einiges an Bewusstsein geschaffen worden und wir hoffen, dass auch die internationale Solidarität dazu beitragen wird, die kollektive Kraft der thailändischen ProletarInnen weiterzutragen.

Das Zürcher Kantonspersonal hat schon zuviel geschluckt

Kommt es zum Streik?

Die sang- und klanglose Einführung einer 3%igen Lohnkürzung am 1. Januar 1997 für das öffentliche Personal im Kanton Zürich war für Einige der Auslöser, um offen über eventuelle Kampfmassnahmen nachzudenken. Nach einer ersten Vollversammlung im Januar 1997 steht die Zweite am 3. Juni bevor.

(ml) 1142 Mio Franken hat der Regierungsrat auf Kosten des Personals im Kanton Zürich in den Jahren 1992–1996 gespart. Dies v.a. mit nichtgewährten Stufenanstiegen, keinem vollen Teuerungsausgleich (mehr als 5% weniger), weniger Beförderungen, und anderes mehr. Entlassungen sind angekündigt. Damit nicht genug, tragen die Angestellten seit dem 1. Januar 1997 nochmals 3% weniger Lohn nach Hause. Grund genug für das Streikkomitee zu einer Vollversammlung des öffentlichen Personals auf den 21. Januar aufzurufen. Das Streikkomitee hatte sich am 7. November 1996 gebildet, da die Proteste gegen die laufenden Angriffe im letzten Jahr nichts gefruchtet hatten. Ihm gehören die grossen Sektionen des Verbands des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) an, der Lehrer/innenverein der Stadt Zürich (LZ), sowie einzelne Mitglieder anderer Personalorganisationen.

Kampfmassnahmen?

Zur Vollversammlung aufgerufen wurde unter dem Motto: Kampfmassnahmen, Warnstreik, Streik – wodurch sich 400 Kollegen/innen mobilisieren liessen. Vorerst jedoch ging aus der Vollversammlung die Forderung an den Regierungsrat, über die Rücknahme der 3% igen Lohnkürzung Verhandlungen mit den Personalverbänden bis zum 31. März 1997 aufzunehmen und keine weiteren Lohnopfer bis zum Jahre 2000 vorzunehmen. Sollte dies nicht der Fall sein, so werde die nächste Vollversammlung über Kampfmassnahmen entscheiden.

Selbst dem Streikkomitee war klar, dass kaum auf die Forderungen eingegangen würde. Mittlerweile hat das Streikkomitee einen Antwortbrief der Finanzdirektion des Kantons Zürich erhalten. Darin wird festgehalten, dass die Finanzdirektion die Vereinigten Verbände des Staatspersonals (VPV) als ihre Verhandlungspartner betrachte und sie nicht gewillt sei, in besondere Verhandlungen mit einem Streikkomitee zu treten. Die Finanzdirektion verweigere grundsätzlich das Gespräch



Protestkundgebung des öffentlichen Personals vor dem Rathaus in Zürich im Herbst 1996.

zu keinem Thema, das die Personalverbände vorbringe, sie könne aber im gegenwärtigen Zeitpunkt keinerlei materielle Zusicherungen geben und sähe insbesondere in der nächsten Zeit mit Sicherheit keine Möglichkeit, die Lohnkürzung rückgängig zu machen. Im übrigen betrachtet sie die Androhung von Kampfmassnahmen als die denkbar ungünstigste Basis, um gemeinsam zu einer konstruktiven Lösung der gegenwärtigen schwierigen personalpolitischen Probleme zu gelangen. Wie erwartet eine deutliche Absage also. Das Streikkomitee hat nun allerdings als Teil des VPV das Traktandum der 3% igen Lohnkürzung für die nächste ordentliche Sitzung zwischen VPV und Finanzdirektion trotzdem nochmals auf die Tagesordnung setzen lassen. Klar ist, dass auch dabei nichts heraus schauen wird. Dass nicht unbedingt die Kantonspolizisten/innen wegen insgesamt rund 8% bis 10% weniger Lohn auf die Barrikaden steigen werden, ist anzunehmen – nicht nur aus Loyalitätsgründen –, verdienen diese doch immer noch ca. 30% mehr als viele Angestellte im Gesundheits-, Verwaltungs- und Dienstleistungsbe- reich.* Rund die Hälfte des Kantonspersonals sind Frauen, die oft teilzeit und in den unteren Lohnklassen arbeiten. Ob dieser erneute Angriff auf unsere Arbeits- und Lebensbedingungen viele dieser Kollegen/innen bewegen lässt, an die zweite Vollversammlung am 3. Juni zu kommen, bleibt zu hoffen – und auch, dass der kämpfende Teil des Personals in der Lage ist, so viele wie möglich mitzureissen, damit wir nicht bei jedem Angriff auf der Verliererseite stehen bleiben.

*Würde es sich um die Stadtzürcher Polizisten handeln, würden wir einen Bummelstreik am 1. Mai vorschlagen, was zumindest spartechnisch selbst im Interesse des bürgerlichen Staates liegen würde, könnte doch einiges an Munitionsmaterial eingespart werden.

BELGIEN/ Arbeitskampf gegen Renault-Schliessung

Fabrik besetzt

Das Renault-Werk in Vilvorde, Belgien, soll auf Juli 1997 geschlossen werden. Die 3100 ArbeiterInnen antworten darauf mit der Besetzung der Fabrik und der Blockade von 4000 bereits fertiggestellten Fahrzeugen. Der Arbeitskampf dehnt sich aus.

Wer mit dem Zug von Brüssel in die Vorortgemeinde Vilvorde fährt, dem versperrt nach einer halben Stunde ein immenses Wellblechgebäude minutenlang die Sicht. Am Ende der Fabrik steht auf einem riesigen Schild: RENAULT. Dann kommt Vilvorde. Vilvorde hat: 1 Bahnhof, 1 Autovermietungszentrale, 1 Lokal der Heilsarmee, 2 Restaurants HONGKONG, 3 Bierstuben STELLA ARTOIS, 1 QUICKBURGER, ein lokales Busnetz, eine Autobahnbrücke und sogar einen hübschen Park unterhalb des Bahnhofs. Und Vilvorde hat Renault. Oder umgekehrt.

Auch hier hängen, wie in ganz Belgien, in den Geschäften Fotos von Loubna, einem Mädchen im Primarschulalter. Unter dem Porträt steht: «ne m'oubliez jamais» – vergesst mich nie. Loubna ist das letzte Opfer in der Mordserie von Kinderschändern, in die auch hohe belgische Politiker verwickelt sind. Doch die Morde geschahen in der Wallonie, dem französischsprachigen Teil Belgiens, dort, wo 3,2 Millionen Menschen leben und die Arbeitslosigkeit 14% beträgt, wo seit den fünfziger Jahren die Waffen-, Stahl-, Chemieindustrie abgebaut und ausgelagert wird. Hier in Flandern war das anders. Bis zum 27. Februar 1997 lag hier die Arbeitslosigkeit bei 7,3 Prozent. Denn in Flandern haben Paris und Brüssel reingebuttert – wohl auch, um allfälligen Separationsgelüsten der Flamen entgegenzuwirken: Chemiefabriken, Ölraffinerien und eben: die Autoindustrie. Insgesamt 30 000 Menschen arbeiten in Flandern bei Opel, Ford, VW, Volvo und Renault. Ungefähr 250 000 Leute sind direkt von der belgischen Autoindustrie abhängig.

In Flandern war es anders. Bis am 27. Februar 1997 Louis Schweitzer, oberster Patron der Renault-Gruppe, bekanntgab, dass er die Fabrik in Vilvorde auf Ende Juli schliessen lasse. Seit dem 27. Februar hängen in den Schaufenstern und Parterrefenstern, überall in Vilvorde, neben dem Foto von Loubna neue Zettel. «RENAULT MET BLIEVEN» – Renault muss bleiben; die Gewerkschaft hat es schon vorgedruckt. Wer vom Bahnhof zur grossen Fabrik will, sieht die Parole dutzendfach entlang den niedrigen Backsteinhäusern. Hinter den Windschutzscheiben der parkierten Autos stecken Zettel: «Dat is min letzte Renault – und for u?» Die Kindermorde hatten vor einigen Monaten eine riesige, doch diffuse Protestwelle ausgelöst, die in dem «weissen Marsch» nach Brüssel mit 500 000 DemonstrantInnen gipfelte; in einer Wut, in der die Leute massenhaft einsahen: in diesem Staat stinkt es gewaltig. Dieser Protest wird seit dem 27. Februar verdrängt durch konkreten Widerstand, wird abgelöst durch einen Arbeitskampf, der für Belgien beispiellos ist: Die 3100 ArbeiterInnen von Renault in Vilvorde sind seither im Streik, seither halten sie ihre Fabrik besetzt.

Die Besetzung

«Der 27. Februar war ein Donnerstag», erzählt ein Mitglied des Betriebsrats. «Am Morgen machte das Gerücht die Runde, ein Kader werde entlassen und um 15 Uhr sei eine ausserordentliche Sitzung des Betriebsrats. Alle fragten sich, warum die jetzt ausgerechnet einen Kader entlassen. Um halb elf kam ein Telefonanruf, dass abnormal viele Camions auf dem Parkplatz sind, dort, wo die fertigen Autos verladen werden. Man ist dann instinktiv hingegangen und hat den Parkplatz besetzt und eine Erklärung verlangt. Um elf Uhr wollten uns die Manager mit Ausflüchten abspeisen, sie sagten, es gibt Probleme mit der Distribution, deshalb seien die Camions hier. Wir haben das aber nicht geglaubt. Um drei Uhr nachmittags riefen wir in die Gewerkschaftszentrale an. Dort sagten sie, irgendwas sei in der Luft, etwas ganz grosses, doch sie wüssten nicht was. Um fünf Uhr, als wir endlich mit der Sitzung beginnen wollten, mussten wir zuerst die Presse aus dem Saal werfen, die auch schon da war. Um 17 Uhr 15 gab die Nummer zwei von Renault über Radio die Schliessung des Werks bekannt. Alle haben Radio gehört – als wir aus der Sitzung kamen, waren bereits alle Arbeiter versammelt. Nach einer halbstündigen Diskussion beschlossen wir den Streik.»

Eine Barrikade aus Stahlpaletten verriegelt den ersten Eingang. Einige Schritte weiter dann der erste Streikposten: hinter einem Gitter sitzen die ArbeiterInnen um ein Feuer, hören Musik und reden. Einer vom Werkschutz sitzt einsam in seinem Kabäuschen. Leicht verunsichert durch den Besuch aus der Schweiz, der unverhofft aufgetaucht ist, um seine Solidarität auszu-drücken, meint er: «pour la solidarité, c'est là-bas.» Also weiter zum Haupteingang. Dort stehen ein paar Bullen blöd und verlassen rum. Vorbeifahrende Autos hupen, wenn sie den Eingang mit den Gewerkschafts-

AUFBAU-PRESS



Ein Motofrance-Boss wird von Renault-Arbeitern zur Rede gestellt.

fahren und dem grossen Transparent RENAULT OPEN sehen.

Am Ende eines Korridors, der durch den verwaisten Bürotrakt mit seinen gläsernen Fenstern und Türen führt, öffnet sich unermesslich gross die Montagehalle. Hier haben die Gewerkschaften in Containern ihre Büros untergebracht. Der sozialistische FGFB hat eine rote Fahne vor seinem Häuschen, die grüne gehört der christlichen CSC und die blaue den Liberalen.

Der Alltag

Einige ArbeiterInnen, immer fünfzig bilden ein Streikpikett, stehen vor den Gewerkschaftscontainern und unterhalten sich. «Hier können wir Informationen austauschen, hier ist der einzige Ort, wo wir auch mal lachen können. Wir lachen jetzt, aber zuhause, da kann ich nicht schlafen. Schliesslich bin ich 49 Jahre alt, wie die meisten, die hier arbeiten. Wir werden sowieso keine Stelle mehr finden. So streiken wir weiter, es ist unsere einzige Chance.» erzählt einer. Ein anderer, der seit 34 Jahren bei Renault arbeitet: «Seit Jahren sahen wir, wie Fabrik um Fabrik geschlossen wurde und dachten, hoffentlich trifft es uns nicht. Vor vier Jahren erst haben die Patrons den Neun-Stunden-Tag eingeführt. Sie haben drei Modelle vorgeschlagen, die alle das gleiche beinhalteten: wir müssen neun statt acht Stunden arbeiten. D.h. die Frühschicht beginnt um viertel vor sechs und geht bis viertel vor drei Uhr nachmittags. Die Spätschicht geht von viertel vor drei bis viertel vor zwölf. Die meisten Arbeiter, etwa 80%, kommen aber aus der Gegend von Limburg. Das heisst, sie werden jeden Tag mit den werkeigenen Bussen abgeholt und müssen eineinhalb Stunden fahren, bis sie hier sind. Ich kenne sogar einen, der fährt zuerst zwanzig Kilometer mit dem Velo, bis er zum Sammelplatz für den Bus kommt. Wir sind immer auf alle Forderungen der Patrons eingegangen. Die Fabrik hier war eine der produktivsten, auch wurde sie gleichzeitig mit der Flexibilisierung der Arbeitszeit technologisch auf den neuesten Stand gebracht. Wir hier in Vilvorde galten als die «Japaner» von Renault – und werden trotzdem entlassen. Viel früher hätten wir Widerstand leisten sollen.» Niemandem ist klar,

Die Fortsetzung läuft

Die ArbeiterInnen von Vilvorde kämpfen weiter: am 24. März blockierten 300 DemonstrantInnen auf dem Südbahnhof von Brüssel die Gleise vor dem Eurostar-Zug nach London und dem Hochgeschwindigkeitszug Thalys nach Paris. Gemeinsam mit den AutoarbeiterInnen kämpfen die belgischen StahlarbeiterInnen von Forges de Clabecq gegen ihre bevorstehende Entlassung. Die StahlarbeiterInnen organisierten am 28. März eine Demo auf der Autobahn Brüssel-Mons, an der sich auch die Renault-ArbeiterInnen beteiligten. Mehr als 1000 ArbeiterInnen blockierten mit Bulldozern die Autobahn. Dabei kam es zu grossen Auseinandersetzungen mit den Bullen, mindestens 11 Leute wurden verletzt. Am gleichen Tag demonstrierten 500 ArbeiterInnen aus Vilvorde in Fabriken in Nordfrankreich: Sotexo in Somain und MCA (Maubeuge Construction automobile) in Maubeuge; beide sind im Besitz der Renault-Gruppe, MCA ist zudem massgebend an der Entwicklung von neuen Renaults beteiligt. «Wir wollen zeigen, dass wir überall zuschlagen können, wo es Zulieferfirmen von Renault hat», sagte ein Gewerkschafter gegenüber der Presse.

warum es gerade diese Fabrik sein musste. Sie war das Vorzeigestück von Renault: mit 8 Milliarden belgischen Francs (330 Mio. sFr.) wurde sie modernisiert, statt hydraulischen wurden elektronische Roboter eingesetzt. «So ging die Arbeit viel schneller», erzählt einer, der uns seinen früheren Arbeitsplatz zeigt, «man musste zwar weniger schwer schleppen, doch der Stress nahm zu. Die modernen Maschinen gingen aber immer wieder kaputt. Sie arbeiteten eine halbe Stunde, dann mussten sie wieder gleich lange geflickt werden. Nicht, dass wir dann nichts zu tun hatten. Währenddessen mussten wir kleinere Arbeiten machen, die Schrauben vorbereiten zum Beispiel. Ihr müsstet es sehen, wenn die Bänder laufen, schön sieht das aus; 800 Autos haben wir täglich produziert.»

Der Feind hat einen Namen

Neben den Gewerkschaftshäuschen reihen sich die Autos. 4000 nagelneue Renaults sind es insgesamt, die die ArbeiterInnen in ihrer Hand haben: alle schon verkauft, denn Renault produziert ohne Lager, beinahe just in time. «Notre crédit lyonnais» sagen die ArbeiterInnen über ihr Unterpand. Am anderen Ende der Montagehalle steht eine Wand, wo die Arbeiter ihre Meinung aufschreiben können. Daran ist eine Foto von Louis Schweitzer mit Hitlerschnäuzchen über den Lippen und dem Fadenkreuz eines Zielfernrohrs auf der Stirn. «Schweitzer de Kopp, Dehaene de Strop, Renault de Job» ist eine weitere Parole. Dehaene heisst der belgische Ministerpräsident. Von ihm erwartet die Gewerkschaftsspitze mehr Unterstützung, sie will, dass Druck auf Paris ausgeübt wird. Denn der französische Staat besitzt immer noch, auch nach der Privatisierung von 1996, knapp 47% des Aktienvolumens von Renault. Seit 1985 wurden bei Renault 55 000 Stellen abgebaut, allein in Frankreich werden dieses Jahr 9000 Arbeitsplätze in der Autoindustrie gestrichen, 1998 werden es nach Einschätzung der Gewerkschaften 11 000 sein, in sechs Jahren 40 000.

Immer wieder Karikaturen, Kommentare über Louis Schweitzer, Patron du groupe Renault. Wie er dargestellt wird, wie gesagt wird, dass man ihn tot sehen will, all das zeigt Militanz, Entschlossenheit. Die Personifizierung wird aber auch von der Gewerkschaft gefördert. So wird gesagt: Schweitzer, das Schwein schlechthin, muss weg und nicht: Der Kapitalismus muss weg. Zusätzlich sind die Gewerkschaften pikiert, weil der Boss aller Bosse nach jahrelanger Zusammenarbeit, in der die verschärfte Ausbeutung schön gemeinsam ausgehandelt wurde, sie einfach so vor den Kopf stösst.

Überraschungsaktionen

Die Gewerkschaften dürfen sich nun bei der Basis nicht lächerlich machen. Sie müssen die Wut der Leute, die von einem Tag auf den anderen ihren Job verlieren sollen, aufnehmen und umsetzen. Bei den Bossen hat die Gewerkschaftsspitze ihren Einfluss schon verloren. Nun müssen sie zusehen, dass sie ihn bei ihrer Basis behalten können. Deshalb wurde für den Donnerstag, 20. März eine «Journée d' action surprise» geplant.

Um elf Uhr verlassen die ArbeiterInnen die Fabrik und steigen in ein halbes Dutzend bereitstehende Cars. Niemand kann sagen, wohin die Fahrt geht. Es gebe ein Aktion in Frankreich, keine Demo, etwas anderes, doch er wisse auch nicht was; das sei geheim, wegen den Bullen, sagt einer. Diese scheinen jedoch bestens informiert: Zuerst fahren die belgischen Bullen voraus, an der Grenze klappt die Übergabe mit den Motorrad-Aufklärern der französischen CRS nahtlos. Als wir im Bus jemanden nach den Bullen fragen,

Fortsetzung auf Seite 9

PARIS/10 000 ArbeiterInnen auf der Strasse

Solidarität der Renault-ArbeiterInnen

Tausende von ArbeiterInnen demonstrieren am Dienstag den 11. März 1997 in Boulogne-Billancourt, einem Vorort von Paris, wo der Sitz der Direktion ist und auch ein Werk von Renault zu finden ist.

(ka) Der Beginn der Demonstration der Renault-ArbeiterInnen ist auf 11 Uhr angesagt. Organisiert wird sie hauptsächlich von den französischen Gewerkschaften CGT (Confédération générale du travail), CFDT (Confédération française démocratique du travail), FO (Force ouvrière) und den belgischen FGTB (Fédération générale des travailleurs belges) und CSC (Confédération des syndicats chrétiens).

Einziges Anzeichen für die kommende Ansammlung von ArbeiterInnen des beim Place national in Boulogne-Billancourt platzierten Renault-Werkes sind bisher ein Gewerkschaftsbus, mehrere JournalistInnen und eine nicht zu übersehende Schar von Bullen. Schliesslich strömen sie aus dem Werk heraus, der Zug setzt sich in Bewegung Richtung Besammlungspunkt. Auf dieser ersten Demoetappe dominieren die Transparente der CGT, bei der die meisten französischen Renault-ArbeiterInnen organisiert sind. Beim Besammlungspunkt angekommen warten schon die belgischen, spanischen und ein paar slowenische ArbeiterInnen in Massen und begrüßen ihre französischen KollegInnen mit einem lautstarken «tous ensemble, tous ensemble, oui oui oui» (alle zusammen, alle zusammen, ja ja ja).

An der Spitze des langen Demonstrationzuges laufen die belgischen Renault-ArbeiterInnen, die mit Cars aus Vilvoorde nach Paris reisten. Etwa 4500 sind sie an der Zahl und tragen ihren Kampf vor die Pforten der Renault-Direktion. Ihren Chef, Louis Schweitzer, tragen sie am Galgen mit sich und haben ihm schon einen Sarg bereitgestellt. Ansonsten verschaffen sie ihrer Wut durch unermüdeliches Böllern mit den mitgebrachten Knallkörpern Gehör. Eine Frau ist mit ihrem Mann, der sich im Streik befindet und an der Fabrikbesetzung in Vilvoorde beteiligt ist, aus Belgien hergekommen. Sie erzählt, dass sie nicht locker lassen würden, bis dass Louis Schweitzer auf seinen Entscheid zurückkommen werde.

Même patron, même combat

Weiter hinten demonstrieren die französischen Renault-ArbeiterInnen, die sich auf der einen Seite gegen den auch in Frankreich angekündigten Stellenabbau zur Wehr setzen und sich andererseits mit den belgischen ArbeiterInnen solidarisieren. Ein Arbeiter aus Lille meint, dass dieser erneute Schlag des Kapi-



Belgische Arbeiter auf dem Weg zur Renault-Direktion in Paris.

tals sozialer Terrorismus sei, dass er sehr genau wisse, dass es bald auch ihn treffen könne. Er hofft hingegen, dass der Kampf in den jeweiligen Fabriken auch nach dieser Demonstration intensiviert werde. Wichtiger Ausdruck und in den vielen Sprechchören immer wieder betont, ist, dass sich die verschiedenen Belegschaften weder auseinanderdividieren noch gegeneinander ausspielen liessen. Eben- gleicher Chef, gleicher Kampf.

Transparente sieht man nicht nur von Renault-ArbeiterInnen, sondern auch von Volkswagen, Opel, General Motors, Caterpillar, Volvo, DHL... Schliesslich gibt es noch eine Delegation von Renault-ArbeiterInnen

aus Spanien und aus Slowenien. Und auch die AktivistInnen von «Sans papiers», die sich gegen das «Loi Debré», ein neues repressives Immigrationsgesetz, wehren, fehlen nicht. Mit dabei sind auch einige Angestellte des «Crédit foncier», die Flugblätter verteilen. Darin informieren sie über ihren Kampf um die Erhaltung von Arbeitsplätzen, der in der Besetzung der Bank und der Geiselnahme der Chefetage kulminierte.

Während etwa drei Stunden marschiert der Zug, immer laut Parolen rufend oder Lieder singend. Rund um Paris kommt es zu einem Monsterstau, da die DemonstrantInnen auch über die Ringautobahn der französischen Hauptstadt ziehen. Dort, wie auch auf der übrigen Route kommt es immer wieder zu Sympathiebekundungen. Einzelne AutofahrerInnen verlangen die überall verteilten Flugblätter, ArbeiterInnen einer Wäscherei und Tankstellen stehen klatschend am Strassenrand und aus dem Fenster eines Mietshauses bekundet eine ältere Frau mit erhobener Faust ihre Solidarität mit den Demonstrierenden.

«Soziales Europa» – die gewerkschaftliche Scheinlösung

Gegen Schluss der Demonstration ziehen die AutoarbeiterInnen vor den Geschäftssitz von Renault. Dort tagte ein «europäischer» Betriebsrat, der von Renault-Chef Schweitzer jedoch nicht empfangen wurde.

Auf dem Platz vor der Direktion beginnen nach einer kurzen Pause die GewerkschaftsbonzInnen ihre Reden zu halten. Hier wie dort versuchen sie die gleichen Rezepte zur Lösung der Kapitalüberproduktionskrise zu verkaufen und haben damit auch etwa die gleich demobilisierende Wirkung. Zu bemerken sind höchstens die Bestrebungen für ein soziales und industrielles Europa. Demzufolge sollen Arbeitskämpfe nach gesamteuropäischen sozialen Richtlinien geregelt werden. Dies entpuppt sich jedoch als

eine Strategie der Helfershelfer der Bourgeoisie, um die Kämpfe weg von der Strasse in die Gerichte zu verlegen und damit einer Bewegung die Spitze zu brechen.

Von in Kampfmontur ausgerüsteten Bullen umgeben und von den GewerkschaftsbonzInnen vorsorglich in zwei verschiedene Richtungen dirigiert, löst sich die Schlusskundgebung nach Abschluss der gewerkschaftlichen Reden auf. Der von den ArbeiterInnen sämtlicher Renault-Filialen bestrittene Marsch nach Paris wird mit einem kämpferischen Ausdruck beendet. Und dies sei erst der Anfang weiterer Kampfaktionen...

Fortsetzung von Seite 8

meint er: «Sie sind solidarisch. Schliesslich sind es auch nur Arbeiter.» Gleichzeitig hört man im Radio, dass es in Nordfrankreich zu schweren Auseinandersetzungen zwischen belgischen Autoarbeitern und der CRS gekommen sei. Jetzt erst erfahren die meisten, wohin die Fahrt geht: nach Wavrin, einer Ortschaft unweit von Lille. Die neuen Autos werden dort zwischengelagert. Als alle aussteigen, sind die Kollegen von CGT, der kommunistischen Gewerkschaft aus Frankreich, schon da. Die Kamerateams auch.

Die CRS-Bullen haben sich auf Sichtweite zurückgezogen. Der Zaun um den Parkplatz, wo die Renaults zur Auslieferung bereitstehen, ist an einigen Stellen niedergebrosen – das waren die Arbeiter, die schon am Morgen hier gewesen sind. Die ArbeiterInnen stürmen auf das Gelände, Knallfrösche fliegen, viele haben sich mit Stöcken bewaffnet. Die Wagen werden abgeschlossen und die Schlüssel gesammelt und eingesackt oder in hohem Bogen fortgeworfen: 1800 Renaults ohne passende Schlüssel. Einer rast mit einem Auto zum Eingang, stellt den Wagen quer, verriegelt so den Eingang. Viele, hauptsächlich Junge, verummeln sich und beginnen, die Autos zu sabotieren. Sie lassen die Luft aus den Reifen, sammeln weiter Schlüssel, vereinzelt sind auch demolierte Wagen zu sehen. «Hier ist ganz Europa versammelt. Wir schreiben hier Geschichte fürs soziale Europa.» meint ein französischer Gewerkschafter, der für die versammelte Presse Statement um Statement abgeben muss. Eine Gruppe macht sich auf, in Richtung Bullen loszumarschieren.

Die Gewerkschafter, die vorhin noch kämpferisch «Tous ensemble! Tous ensemble!» skandiert haben, bekommen Mühe, ihre Kollegen zurückzuhalten: «Autos einschlagen ist keine Lösung.» Die Anderen wollen nicht irgendeine Geschichte für irgendein Europa schreiben, sondern konkret, militant für ihre Interessen kämpfen. Auf einmal haben es die Gewerkschaftsführer eilig, die Busse würden gleich abfahren. Man einigt sich darauf, dass dreissig Leute hierbleiben und das Lager besetzt halten, während der Rest wei-

terfährt. Mit dieser Besetzung haben die ArbeiterInnen weitere 1800 bereits verkaufte Wagen in ihrer Hand. Am nächsten Tag schreiben die belgischen Zeitungen: «Die Arbeiter von Renault haben einen neuen «Trésor de guerre» (Kriegskasse) in ihren Besitz gebracht.»

Alles steht still

Nach kurzer Fahrt, kommen wir zu Motofrance, einer Motorenfabrik, die Renault beliefert. Motofrance produziert «just in time». «Das heisst, wenn hier die Maschinen stillstehen», sagt ein Arbeiter lächelnd, «dann geht in diversen Renault-Fabriken nichts mehr, weil ihnen die Motoren fehlen.» Als die Busse ankommen, sind die Direktoren der Fabrik bereits vorgeplant. Die ArbeiterInnen brechen das Tor zur ersten Halle auf, ein langer, lautstarker Demozug durch den riesigen Fabrikkomplex entsteht. Die flämischen ArbeiterInnen schalten alle Maschinen ab und rufen immer wieder «Tous ensemble! Tous ensemble!», die französischen ArbeiterInnen schauen dem Zug stumm zu. Ein Arbeiter aus Belgien fordert einen aus Frankreich auf, doch etwas zu tun, sich der Demo anzuschliessen, zu streiken, sich zu solidarisieren. Dieser meint leise «Ich kann nicht mitmachen. Wenn wir da mitmachen, sind wir morgen unseren Job los.» Immer wieder explodieren Knallpetarden, Gruppen von DemonstrantInnen beginnen, sich vom Demozug zu lösen und sabotieren einzelne Maschinen. Wieder kommen die Gewerkschaftsfunktionäre, beschwichtigen, überreden, gliedern die versprengten Gruppen in die Demo ein. Am Ausgang ruft ein Gewerkschaftsfunktionär den Managern mit Krawatte zu: «Auf Wiedersehen, und nichts für ungut wegen der Störung!» Die ArbeiterInnen werden wieder in die Busse geladen und zurück nach Vilvoorde gefahren. Unterwegs sorgen die französischen Radioberichte über die kämpferischen Belgier für Heiterkeit, der Kasten mit Bier leert sich, die Gewerkschaftskasse füllt sich.

Eine Gewerkschaft, die solche Aktionen macht, kann man suchen gehen. Aber die ArbeiterInnen wussten vorher nichts von der Aktion, hatten keine Möglich-

keit, unter einander zu diskutieren, was sie machen wollen. Weil der grösste Teil der ArbeiterInnen von Vilvoorde gewerkschaftlich organisiert ist, können solche militante Aktionen erst gemacht werden: in einer Fabrik wie dieser, die jahrelang mustergültig für die Patrons funktioniert hatte, wo Kampferfahrungen fehlen, wo ein Bewusstsein, dass nur durch Kämpfe etwas erreicht wird, bis jetzt nicht vorhanden war, wären so grosse Mobilisierungen ohne die Gewerkschaften wohl nicht möglich. Gleichzeitig bleibt so die ganze Dynamik in der Hand der Gewerkschaften. Ein Arbeiter meint dazu: «Die Bosse spielen mit allen, sie spielen mit uns, mit den Gewerkschaften, einfach mit allen. Ich meine, ich war gestern dabei in Paris, als wir den Eiffelturm besetzten. Da sind immer wieder die Gewerkschafter gekommen und haben gerufen «douce-ment, doucement!» - sanft!, als wir gegen die Bullen vorgegangen sind.»

Diese Linie: Besänftigen, Kanalisieren, setzte sich schliesslich durch: kurz vor Redaktionsschluss erreichte uns die Nachricht, dass die ArbeiterInnen den Streik abbrechen werden. Am Montag, den 14. April nehmen sie die Arbeit wieder auf. So wurde es an der Urabstimmung von den ArbeiterInnen beschlossen. Nach Auskunft der Gewerkschaft FGTB standen sich zwei Positionen gegenüber. Die erste besagt, dass, trotz aller Aktionen, trotz den riesigen Mobilisierungen, das Ziel nicht erreicht worden sei, die Kräfte zu wenig konzentriert gewesen seien. Die Konsequenz daraus ist der Abbruch des Streiks, obwohl die Patrons kein bisschen von ihrem Vorhaben abgerückt sind und keine neuen Angebote machten. Die Anderen, rund ein Drittel der ArbeiterInnen, finden, man müsse jetzt weiterstreiken, die Patrons seien effektiv in Schwierigkeiten. Die einzige Lösung sei, den Streik weiterzuführen und die Aktionen zu intensivieren. Dieser Drittel, die ArbeiterInnen, die weiterkämpfen wollen, konnten sich nicht durchsetzen. Doch sie erreichten, dass die Gewerkschaftsführung weitere Aktionen ankündigen musste. Ob neun Stunden Arbeit am Fliessband täglich den ArbeiterInnen diese Möglichkeit offen lässt, wird sich zeigen.

Die jüdische ArbeiterInnenbewegung in Osteuropa

Proletarische Juden und Jüdinnen kämpften in allen Teilen der Welt für die Errichtung einer neuen sozialistischen Gesellschaft. Im Westen waren sie in den verschiedenen kommunistischen und sozialistischen Parteien ohne eigenständige Organisation integriert. In Osteuropa beteiligte sich das jüdische Proletariat als eigenständige jüdische Bewegung an der russischen Revolution und der Errichtung des Sozialismus.



Jüdische PartisanInnen, Wilna, 14.7.1944.

(ka) Raubgold, nachrichtenlose Vermögen, Arnold Kollers Solidaritätsfonds, Christoph Blochers Stammtischrede, die sozialdemokratische Sichtweise Jean Zieglers, der Jubiläums Zionistenkongress in Basel. Eine in erster Linie aus der Sicht der Herrschenden geführte Debatte. Eine bourgeoise «Geschichtsaufarbeitung», in der die Interessen, Kämpfe und Positionen der ArbeiterInnenklasse, insbesondere der jüdischen, keine Rolle spielen.

Tatsächlich, dem jüdischen Revolutionär im zaristischen Russland muss die Funktion des Antisemitismus nicht erklärt werden, die jüdische Arbeiterin in Warschau weiss, dass der Kampf gegen Antisemitismus und Judenpogrome Kampf gegen den Kapitalismus heisst, der jüdische Partisan in Belorussland weiss, wer hinter dem Faschismus stand, die jüdische Untergrundkämpferin in Deutschland weiss, welche Konzerne vom imperialistischen Krieg profitierten. Nein, das jüdische Proletariat braucht keine Geschichtslektion, weder aus dem Bundeshaus, noch vom US-Senat. Es ist kein Zufall, wenn die Bourgeoisie in der Aufarbeitung ihrer Geschichte, und dazu gehört der Genozid am jüdischen Volk, viel von den jüdischen Opfern spricht, nie aber die Kämpfe jüdischer RevolutionärInnen erwähnt.

Uns interessiert hingegen der Kampf des jüdischen Proletariats für den Sozialismus, die grossartigen Seiten, die diese RevolutionärInnen in der internationalen ArbeiterInnenbewegung geschrieben haben.

1898 – Der 1. Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (SDAPR)

Die Gründung des «Allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes in Russland und Polen», genannt der Bund, 1897, fiel in die Zeit intensiver Vorbereitungen des 1. Parteitages einer gesamtrossischen Sozialdemokratischen Partei.

Der Bund, der sich schon immer als einen Teil der russischen sozialdemokratischen Bewegung sah, war dabei die führende Kraft. Der Kongress der sich neuformierenden Partei tagte in Minsk, einer jüdischen Ansiedlungszone und Tätigkeitsgebiet des Bundes. So nahm der Bund als best organisierte und zahlenmässig stärkste Kraft an der Gründung der SDAPR teil. Der Bund sah seine Aufgabe jedoch nicht nur im Kampf für die revolutionäre Veränderung in Russland, sondern auch in der Wahrnehmung der spezifischen Interessen der jüdischen ArbeiterInnen. «Autonomie» innerhalb der Gesamtpartei sei erforderlich, um die besonderen Bedürfnisse des jüdischen Proletariats, Agitation und Propaganda in jiddischer Sprache z.B., adäquat befriedigen zu können. Dies wurde von der Versammlung der Delegierten diskussionslos akzeptiert, was an späteren Parteitagungen allerdings wieder in Frage gestellt wurde.

Die Anfänge der jüdischen ArbeiterInnenbewegung fallen mit der Entstehung des jüdischen Proletariats in Osteuropa zusammen. Die grosse Mehrheit der Juden und Jüdinnen Osteuropas bestand aus armen SchwerarbeiterInnen und HandwerkerInnen. Millionenweise lebten sie in Ghettos und hatten kaum Kontakt zur übrigen Bevölkerung. Insbesondere in Russland waren sie «BürgerInnen zweiter Klasse», durften sich weder nach Belieben niederlassen noch bestimmte

Berufe ausüben. Sie hatten unter regelrechten Ausbrüchen von Antisemitismus, die jeweils zu Massakern ausarteten, zu leiden.

Mit dem Antisemitismus, der Verbreitung von Feindschaft der Herrschenden gegenüber der jüdischen Bevölkerung, musste sich die gesamte sozialistische Bewegung auseinandersetzen, insbesondere jedoch die russische Sozialdemokratie. Zur Zeit Lenins verbreiteten die Bolschewiki eine intensive antinationalistische, antireligiöse und antiklerikale Propaganda. Sie proklamierten die Gleichberechtigung aller Nationen und nationaler Minderheiten.

Den russischen RevolutionärInnen war jedoch nicht entgangen, dass der Antisemitismus auch im Proletariat Fuss fassen konnte. Schon 1903 verurteilte der II. Parteitag der SDAPR den Antisemitismus, indem besonders dessen reaktionärer und klassenbezogener Charakter hervorgehoben wurde.

1903 – Der II. Parteitag der SDAPR

Durch die politische Organisation der jüdischen ArbeiterInnenklasse im Kontext einer ethnischen Minderheit, war der Bund von Anfang an mit der nationalen Frage konfrontiert. Der Gründungskongress beschloss ausdrücklich die bürgerliche, nicht jedoch die nationale Gleichberechtigung zu fordern. Der Bund war der Meinung, dass alles vermieden werden müsse, was weg vom Klassenkampf und hin zu nationalen Interessen führen könne.

Die Forderung des Bundes nach einer durch bestimmte Institutionen gesicherten national-kulturellen Autonomie, worunter keine territoriale Autonomie verstanden wurde, wurde jedoch als verfrüht erachtet. In der Zukunft sprach sich der Bund dann für die Umwandlung des russischen Vielvölkerstaates in eine Nationalitätenföderation aus. Neu wurde die föderative Strukturierung der Gesamtpartei gefordert.

In diesem gesamtrossischen Organisationsvorschlag, der seinem Wesen nach nichts mehr mit der inneren Autonomie von 1898 gemeinsam hatte, widerspiegeln sich die Widersprüche, die zu dieser Frage innerhalb des Bundes vorhanden waren. Diese reichten von einer Tendenz, die eine nationale Frage im Kampf des jüdischen Proletariats negierte über die Position, die die Hegemonie der Klassenposition über das nationale Bewusstsein betonte, bis zu klar nationalen Forderungen.

Noch vor dem II. Parteitag schrieb Lenin, dass der Bund mit der Forderung, ein föderatives Bündnis mit der SDAPR eingehen zu wollen, einen 'nationalistischen' Fehler begangen habe. Die Bolschewiki waren der Ansicht, das jüdische Proletariat brauche keine selbstständige Partei, denn die Autonomie im Statut von 1898 sichere den jüdischen ArbeiterInnen eigene Propaganda und Agitation in jiddischer Sprache, eigene Literatur, eigene Kongresse etc. zu.

Der Kampf des Bundes innerhalb der jüdischen Bevölkerung konfrontierte ihn auch mit zionistischen Strömungen. Die grosse Mehrheit des jüdischen Proletariats lehnte jedoch bis zum 2. imperialistischen Krieg den Zionismus ab. Sie betrachteten ihn als ein bürgerlich-nationalistisches Mittel, das vom Klassenkampf ablenken sollte. Der Zionismus wolle das jüdische Proletariat von seinen nicht-jüdischen Klassen-

genossInnen isolieren, um einen bürgerlichen Klassenstaat in Palästina zu errichten. Dies müsse im übrigen zwangsläufig zur Unterdrückung palästinensischer ProletarierInnen und BauernInnen führen. Der Bund ging sogar soweit, in einem Bericht an die Internationale 1904 den Zionismus als «schlimmsten Feind des organisierten jüdischen Proletariats, das unter der sozialdemokratischen Fahne des Bundes kämpft» zu bezeichnen.

Es existierte damals aber auch eine «linke» Tendenz des Zionismus. Diese Konzeption ging zwar von den Interessen des jüdischen Proletariats aus, glaubte aber, diese nur in einem territorialen Rahmen verwirklichen zu können. Die jüdischen ArbeiterInnen wurden so aufgefordert, anstatt in die kapitalistische USA nach Palästina auszuwandern. Die VertreterInnen dieser Strömung waren der Ansicht, die dortige Bevölkerung liesse sich in einem jüdischen Palästina assimilieren, wobei aber eine nationale arabische Bewegung nicht in Rechnung gestellt wurde.

1917 – Die sozialistische Oktoberrevolution.

In der Oktoberrevolution spielten die vielen bolschewistischen AktivistInnen und Kader jüdischer Herkunft eine wichtige Rolle. Der Bund, der durch die Ablehnung des föderativen Vorschlags aus Kongress und Partei ausgetreten war, unterstützte nun aber als wichtigste organisierte jüdisch-sozialistische Kraft die Menschewiki.

Im März 1921 löste sich der Bund auf, um der Russischen kommunistischen Partei (RKP(B)) beizutreten. Alle anderen jüdisch-russischen Parteien waren bis 1922 verschwunden. Die einzige Ausnahme bildete die linke «Paole-Zion», die sich als kommunistische Partei definierte. Durch diese neue Situation musste sich die Sowjetregierung einen neuen Zugang zu der jüdischen ArbeiterInnenschaft verschaffen. Gegen Ende des Jahres 1917 beschloss die Partei, den Genossen Dimanstein zum Kommissar für jüdische nationale Angelegenheiten zu stellen.

Ende 1918 wurde auf Parteiebene beschlossen, in der RKP(B) jüdische Sektionen zu gründen (Jewsekzija). An der ersten Konferenz der Jewsekzija im Oktober 1918 umriss Dimanstein die Aufgaben der jüdischen Sektionen: einerseits die Agitation unter den jüdischen Massen für die Unterstützung der Sowjetunion, andererseits der Kampf gegen die bürgerlich-nationalen Strömungen im jüdischen Milieu. Für den Aufbau einer sowjetjüdischen Gesellschaft sollten die jüdischen kleinbürgerlichen Massen wieder rehabilitiert werden, das Jiddische, das jüdische Schul- und Pressewesen gefördert und die Ansiedlung von Juden und Jüdinnen



Das Haus in Minsk, in dem der 1. Parteitag der SDAPR stattfand.

in landwirtschaftliche Gebiete gewährleistet sein. 1928 wurde der Beschluss gefasst, den Rayon Birobidschan (36000km) für jüdische Werktätige vorzusehen. Ziel war die Errichtung einer jüdisch nationalen administrativ-territorialen Einheit auf dem gesamten Gebiet des Rayons. Vier Jahre später wurde der Rayon Birobidschan in ein «Jüdisches Autonomes Gebiet» (JAG) umgewandelt. Die Entwicklung des JAG in eine autonome Republik sei nur eine Frage der Zeit.

Internationaler Kommunismus oder Barbarei

Nichts kann diese Tatsache mehr verdeutlichen als die Ermordung von sechs Millionen europäischer Juden und Jüdinnen. Der Nationalsozialismus, bzw. der imperialistische Krieg, sollte den Kapitalismus aus seiner fundamentalen Krise führen. Vor allem die europäischen Juden und Jüdinnen hatten den Preis für das Überleben des Kapitalismus und das Zurückschlagen der ArbeiterInnenbewegung zu bezahlen. Solange der Kapitalismus weiter herrscht, solange wird es Chauvinismus, Rassismus und Antisemitismus geben. Die reaktionäre Beschränktheit aller nationalen Grenzen, Kulturen und Religionen kann nur im Kontext einer revolutionären Veränderung und dem Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft überwunden werden. Der Versuch im Rahmen der russischen revolutionären Bewegung jüdisch-sozialistische Gesellschaftsstrukturen aufzubauen ist ein Beispiel dafür.

Im Babylon der Krisenlösungsstrategen

Seit dem Anfang der Siebzigerjahre erfolgten Ende des langen Aufschwungs streiten sich die bürgerlichen Wirtschaftspropheten darüber, wo der Fehler liegt, dass es mit dem Kapitalismus nicht mehr aufwärts geht. Die Nationalbank hat die Geldpolitik gelockert, der Bundesrat ein Impulsprogramm von knapp 600 Millionen verabschiedet, doch der Fehler liegt wohl im Kapitalismus selber.

Ja mach nur einen Plan ...

(kgi) Es ist still geworden um De Pury und die anderen Weissbuch-Heinys, die vor gut einem Jahr so offen ausposaunten, wie das Kapital die Krise auf das Proletariat abwälzt: Angriffe auf Löhne, Gesamtarbeitsverträge und die AHV oder Befreiung der Bosse von der Zahlungspflicht in die Pensionskassen sind einige Stichworte dazu. Auch ohne Weissbuch spürt JedeR sowieso schon lange, woher der Wind weht. Dementsprechend wird die Faust immer weniger nur im Sack gemacht. (siehe Chronologie Seite 4 und 5)

... sei nur ein grosses Licht ...

Die Gewerkschaftsbosse nahmen den Ball dankbar auf, konnten sie doch ihr Image aufpolieren, wenn sie laut gegen die Weissbuchclique ausriefen. Serge Gaillard, gewerkschaftlicher Apostel gegen die neoliberale Wirtschaftspolitik, forderte schon lange eine lockere Geldpolitik der Schweizerischen Nationalbank (SNB) und befand sich damit in guter Gesellschaft mit dem reaktionären Gewerbeverband. Ein Impulsprogramm sollte Nachfrage schaffen. Womit finanzieren? Eine weitere Staatsverschuldung ist unvermeidlich das alte keynesianistische Rezept, das bekanntlich nur funktioniert, wenn sowieso Hochkonjunktur herrscht (siehe Kasten).

... und mach noch einen zweiten Plan ...

Da trat ein freisinniger Wirtschaftspräsident aus Lausanne namens Jean-Christian Lambelet auf die Bühne. Er diagnostizierte ein mangelndes Konsumentenvertrauen als Ursache der Krise. Einmal mehr sollte also der Aufschwung im Kopf beginnen, in Form eines positiven Vertrauens-Schocks. Unter anderem forderte er genau das, was Gaillard schon lange predigte: Eine Lockerung der Geldpolitik der SNB und ein staatli-



Lambelet: Wie Tell heldenhaft den Sprung in den Aufschwung schaffen!

ches Impulsprogramm. Mit einem Manifest für den Aufschwung suchte er (nicht sehr erfolgreich) Unterstützung von Kollegen und wurde ausgerechnet in St. Gallen fündig, bei Heinz Hauser, führender Kopf der Weissbuch-Clique. Mit ihm zusammen setzten auch Gaillard sowie der SMUV-Boss Jean-Pierre Ghelfi ihre Unterschrift unter das Manifest, das unter anderem fordert: 1. Die Strukturreformen wie Entkräftigung der Arbeit usw. sollen fortgesetzt werden. 4. ... Eine Inflationsrate 2% habe den Vorteil, die zum Teil nötigen Reallohnsenkungen etwas zu verstecken. 10. Die Sozialpartnerschaft sei zu revitalisieren und allgemein eine breite politische Verständigung zu suchen wohl ein frommer Wunsch angesichts dieser offenen Verarschung durch solche famosen Vertreter der ArbeiterInnenklasse.

... gehn tun se beide nicht!

Sowohl die Nationalbank als auch der Bundesrat schwenkten auf diese Linie ein. Die lockerere Geldpolitik hat zu einer Schwächung des Frankens geführt, wovon laut einer Studie der Zürcher Bank Julius Bär doch wieder die grossen Konzerne und ihre Aktionäre profitieren. Ein Impulsprogramm in der Höhe von knapp 600 Millionen, für das sich der freisinnige Bun-

Warum sie die Staatsschuld eigentlich abbauen möchten

«Die Akkumulation (...) der Staatsschuld heisst (...) weiter nichts als Vermehrung einer Klasse von Staatsgläubigern, die gewisse Summen auf den Betrag der Steuern für sich vorwegzunehmen berechtigt sind.» (Karl Marx, Das Kapital III, S. 493). Wenn der Staat mehr Geld braucht, als über Steuern und Abgaben hereinkommt, schickt er die Nationalbank vor, um Staatsanleihen zu organisieren. Das sind z. B. Obligationen, die verzinst werden müssen. Die Käufer dieser Obligationen sind Staatsgläubiger, die jedes Jahr einen Zins erhalten auf das geliehene Kapital, das der Staat allerdings längst ausgegeben hat. Staatsschulden sind also «Sozialausgaben» zugunsten grosser oder auch weniger grosser Couponabschneider. Wächst die Staatsschuld, muss ein immer grösserer Teil der Steuern für diese Zinszahlungen aufgewendet werden (oder der Staat muss sich weiter verschulden). Steuern sind aber Teil des Mehrwerts, der den Unternehmen direkt oder indirekt abgeht. Deshalb schaffen sie «ein schlechtes Investitionsklima», verschärfen also die Krise. Drum reden sie immer von der «Sanierung der Staatsfinanzen», was nur eines heissen kann: Abbau der Sozialausgaben für das Proletariat.

desrat Kaspar Villiger in die Bresche schlägt, soll den Aufschwung herankurbeln helfen. Das Dumme ist nur, dass es vier Milliarden brauchen würde, damit die Arbeitslosigkeit nur nicht weiter ansteigt, wie die Konjunkturforschungsstelle an der ETH uns vorrechnet. Dementsprechend spottet die NZZ über das bundesrätliche Hineindiletieren in die Wirtschaft. Sie kann zwar auch nicht sagen, wie die Krise innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise gelöst werden kann, weil sie die Grenzen dieser Produktionsweise selbst offenlegt. Aber sie kann wie immer sagen, wodurch die Reichen reicher und die Armen ärmer werden.

Lassen wir doch das Gold arbeiten!

Der Wirbel um die Rolle der Schweizer Banken im zweiten Weltkrieg hat eine politische Krise ausgelöst, welche es dem Bürgertum unmöglich macht, an ihren politischen Mythen festzuhalten. Auf politischer Ebene ist damit der Sonderfall Schweiz zu Ende gegangen. Die aus Nationalbankgold finanzierte Stiftung für Solidarität soll das beschädigte Image wieder aufmöbeln.

(kgi) Nachdem Hitlers Armeen am 9.4.1940 Dänemark und Norwegen überfallen hatten und Anfang Mai Truppenkonzentrationen bis in den süddeutschen Raum festgestellt worden waren, musste das Schweizer Offizierskorps den Einmarsch in die Schweiz befürchten. Die Verteidigungslinie nach Norden verlief auf der Linie Linth-Limmat-Brugg-Jura. Deshalb standen am 10.5. auf dem Bahnhof Weinfelden Offiziersgattinnen mit Kindern und Gepäck Schlange, um hinter diese Linie evakuiert zu werden. Die Betuchten unter ihnen flohen in Privat- oder Firmenautos, während die Soldaten und ihre Familien als Kanonenfutter zurückblieben.

Vom Kleister, den Arbeitsfriede (1937) und Landigeist (Landesausstellung von 1939) zwischen die Klassen-gegensätze zu schmieren versucht hatten, war in der Stunde der Gefahr nichts mehr übrig. Dabei bewies ein grosser Teil der Soldaten ihren proletarischen und antifaschistischen Klasseninstinkt; besonders ekelhafte Offiziere fielen sogar «mysteriösen Schiessunfällen» zum Opfer. Dass sie sich ihren Wehrwillen durch die heutigen Diskussionen nicht zur Sau machen lassen wollen, ist mehr als ihr gutes Recht.

Die Mär vom wehrhaften Reduit und Hitlers Alternative

Nachdem klar war, dass am 10. Mai nicht die Schweiz, sondern Belgien, Holland und Luxemburg überfallen worden waren, kehrten die Bürgersfamilien wieder nach Hause zurück. Mit Guisans Rütli-rapport vom 25.7.1940 wurde die nationale Ideologie in Form des Reduit-Denkens aufs Neue zementiert. Im gleichen Jahr flüchtete Sir Peter Smithers, Offizier der Royal Navy mit Spezialaufgaben in Paris, nach dem Kollaps des französischen Heeres nach England zurück. «In London und sicherlich auch in Bern war es offensichtlich, dass Hitler die Schweiz vernichten konnte, wann immer es ihm passen würde. Er konnte es innerhalb von 24 Stunden tun. Aber er hatte Alternativen», wird er am 21.3.1997 in der NZZ von seinem

schweizerischen Alterssitz in Vico Morcote aus schreiben, in Dankbarkeit für das Leuten seines Schlags jederzeit gewährte Bleibe-recht. Er hatte es zwischendurch zum Unterstaatssekretär im Foreign Office gebracht und muss es wohl wissen. Über Hitlers

Alternativen brauchen wir keine langen Worte zu verlieren: Die Schweiz als Goldwäscherin zur Finanzierung der Kriegsmaschinerie ist nur die Spitze des Eisbergs.

Das jähe Ende des Sonderfalles.

Die Krise hat seit 1990 den Sonderfall Schweiz ökonomisch ans Ende gebracht – die Arbeitslosenzahlen sind ein Ausdruck davon. Politisch waren es die nationalen Mystifikationen (ewige bewaffnete Neutralität, die sogar Hitler trotzte, das humanitäre Land der guten Dienste etc.), die den Sonderfall ausmachten. Darauf floriert ein Finanzplatz, der einen Drittel der weltweiten Auslandvermögen verwaltet. Die Krise verschärft die Konkurrenz auch unter den Finanzplätzen und den von ihnen profitierenden Kapitalfraktionen¹. Wenn jüdische BürgerInnen und KleinbürgerInnen (von den jüdischen ProletInnen ist in dieser Diskussion sowieso nicht die Rede!) das an ihnen begangene schwere Unrecht einklagen und so dem Schweizer Finanzplatz das rechtschaffene Image herunterreissen, nützt das den Konkurrenten unabhängig davon, ob sie selber jüdisch sind oder nicht, ob sie selber ebensoviel antisemitischen und anderen Dreck am Stecken haben wie die hiesigen grossen und kleinen Bänkler und Hinterbänkler.

Spät kommt er, doch er kommt...

...der Bundesrat nämlich. Kinder und Besoffene sagen die Wahrheit, drum eignet sich ein Delamuraz grossartig, um am Sylvester den aus bürgerlicher Sicht rich-



tigen Punkt zu setzen, nämlich dass es um einen Angriff auf den Finanzplatz geht. Mit der grossartigen humanitären Geste eines Solidaritätsfonds, die mit dem Roten Kreuz vergleichbar wäre, soll der Prügelknabe Schweiz wieder zum Sonderfall eines Musterknaben aufpoliert werden.

Die Nationalbank soll innert 10 Jahren für 7 Milliarden Gold verkaufen. Hat hier jemand von Volksvermögen gesprochen? Als ob der in Goldform gehortete Mehrwert vom Volk und nicht vom Kapital angeeignet worden wäre Generationen von Minenarbeitern des südafrikanischen Apartheidsystems lassen grüssen! Mit dem Erlös sollen im In- und Ausland Wertpapiere gekauft werden. Weil bekanntlich Wertpapiere arbeiten, indem sie einen Zins abwerfen oder mehrwert werden, wird man so auf wundersame Weise das Gold zum Arbeiten bringen! Da kann doch niemand dagegen sein (auch wir sind nicht dagegen, denn wir haben andere Prioritäten!). Nur: wer ist es denn, der/die arbeitet und den Mehrwert erzeugt, aus dem die Zinsen und Kapitalgewinne bestehen? Der Kreis schliesst sich: Im Krieg ist es das Proletariat der verschiedenen Länder, welches Kanonenfutter spielen muss; im relativen Frieden muss das in- und ausländische Proletariat durch seine Mehrarbeit den Schaden ausbügeln, welcher den ProfiteurInnen des Finanzplatzes Schweiz droht.

¹ Selbstverständlich konstruieren wir keine «jüdische Verschwörung», weder hinter der Wall Street noch sonstwo!

Stahl in der Krise

Die Restrukturierung in der Stahlbranche liess sich nicht weiter hinausschieben. Die Banken als treibende Kraft haben ihre Umsetzung bestimmt. Was lässt sich daraus lernen?

(mk) Was haben Bier und Stahl gemeinsam? Die Produkte sind grundverschieden, aber ihre Herstellerfirmen haben eine Gemeinsamkeit. Sie konnten lange Zeit unter dem Schutz eines Kartells wachsen und gedeihen. Im Unterschied zur Bierbrauerbranche liessen sich allerdings die Stahlkocher immer an einer Hand abzählen: 3 Firmen, 4 Standorte. Von Roll in Gerlafingen (SO) und Bodio (Monteforno), von Moos in Emmenbrücke, Ferrowohlen in Wohlen. Doch das gemütliche Leben unter dem Schutz eines Kartells kann nicht ewig dauern. Irgendwann wird der Druck auf das Kartell (aus dem Ausland, von den Grossabnehmern her) zu gross.

Dann sterben die Kleinen und die Grossen versuchen, sich eine Monopolstellung zu verschaffen. In der Bierbranche erreichte diese Entwicklung ihren Höhepunkt mit der Schliessung der Brauereien Cardinal und Hürlimann durch Feldschlösschen (vergleiche Aufbau Nr. 5). Beim Stahl passierte das gleiche. Wie die Bierbrauer liessen sich die Stahlkocher Zeit, bis sie keine mehr hatten.

Ein Kartell bricht zusammen

Ferrowohlen, der kleinste der Stahlhersteller gab 1994 ganz auf. Von Roll versuchte sich zu retten, indem sie die Produktion verkleinerte, gleichzeitig aber intensivierte. Sie schloss ebenfalls 1994 das grössere ihrer beiden Werke, den Stahlofen in Monteforno. Dafür hatten dann die Arbeiter in Gerlafingen umso mehr zu tun. Dank des Krisenartikels im GAV (Gesamtarbeitsvertrag) war es möglich, die Arbeit auszudehnen – Gerlafingen läuft nun vierschichtig 7 Tage in der Woche. Der Ausstoss von Gerlafingen verdoppelte sich praktisch. Insgesamt produziert Von Roll nun um einen Viertel weniger Stahl, das dafür aber umso intensiver. Für die Firma Von Roll war dieser Schritt nicht so schmerzlich. Sie ist zwar etwa viermal so gross wie von Moos, macht aber nur ca. einen Fünftel ihres Umsatzes mit dem Herstellen von Stahl, hauptsächlich Betonstahl. Dieser verkauft sich schlecht, denn die Baubranche ist in der Krise.

Von Moos hingegen ist ein Familienkapitalist, der nur von Stahl lebt. Persönlich lebt er zwar vom Geld, das er im Kasten oder auf der Bank hat. Als Kapitalist existiert er jedoch nur, weil andere für ihn arbeiten und sein Kapital mehren. Folglich versuchte er um jeden Preis, seine Selbstständigkeit zu behalten. Er hatte keine schlechte Ausgangslage, weil er sich auf die Herstellung von qualitativ hochstehenden Stählen konzentrierte, von denen er etwa die Hälfte im Ausland verkaufte. Zudem hatte er noch Reserven, weil er seine Monopolrente aus früheren Zeiten in Immobilien investiert hatte.

Das reichte jedoch nicht, denn die Grossbanken, SBG für Von Roll und SKA für von Moos, hatten keine Lust, die sich absehbar anhäufenden Verluste der beiden Firmen zu finanzieren. Die Frage war nur: Wie sag ich's meinem Kinde?

Ein Familienkapitalist spielt High noon

Von Roll hätte schon seit einiger Zeit nichts dagegen gehabt, ihren Stahlbereich mit demjenigen von von Moos zusammenzulegen, doch von Moos sträubte sich mit Händen und Füssen – es hätte die Familie von Moos ihre beherrschende Stellung im Unternehmen gekostet. Schliesslich wurde von Moos mit sanftem Druck 1996 dazu gebracht, den Stahlbereich der Von Roll zu übernehmen. So wurde er zwar scheinbar Besitzer des einzigen Stahlherstellers in der Schweiz. Praktisch wurde er dadurch aber zu einer Marionette der Grossbanken. Denen gehören nun etwa drei Viertel der neuen «Stahl Schweiz». Ähnlichkeiten mit der Fusion Thyssen-Krupp in der BRD und der beherrschenden Stellung der Deutschen Bank sind keineswegs zufällig.

Schon bald sollte sich zeigen, wer in der neuen Firma das Sagen hat. Als Familienkapitalist von altem Schrott und Korn versuchte André von Moos, sein Stahlwerk in Emmenbrücke vor dem unumgänglichen Kapazitätsabbau zu retten. Er warf dem Werk Gerlafingen vor, dessen neuer Ofen belastete die Umwelt. Bei der Konzentration auf einen Standort werde also Gerlafingen geschlossen. Das rief sofort die Gewerkschaftsfunktionäre und die Politiker der Gemeinde und des Kantons Solothurn auf den Plan, die aufs heftigste protestierten. Was den Luzerner von Moos nicht zu kratzen braucht, passte den Banken nicht in den Kram. Diese sind keineswegs gegen Entlassungen, möchten aber sowenig Unruhe wie möglich.

«Teile und herrsche» – sanieren heisst spalten

André von Moos wurde Mitte Dezember 1996 ausgebootet, an seine Stelle trat ein ehemaliger Bankier, der auch Industrieerfahrung gesammelt hat: Robert Jeker. Dieser ging viel geschickter mit dem Faktor Zeit um. Er kündigte den definitiven Entscheid über Schliessungen auf Ende März 1997 an. Schon Anfang März aber ging er in die Offensive: 130 Entlassungen in Emmenbrücke, 80 Entlassungen in Gerlafingen, Schliessung der Pantex-Stahl in Büron (Lu), was zu weiteren 90 Entlassungen führt. Damit hielt er sich ans Erfolgsrezept des Sanierers: Verkünde definitive Beschlüsse dann, wenn schon alles gelaufen ist und die Betroffenen dazu nichts mehr sagen können. Die Entlassenen sind bald weg, die Übriggebliebenen werden dir dankbar sein. Auch geographisch funktionierte sein Spaltungsansatz: Die grossen Standorte nur teilweise anzugreifen, den kleinsten zu schliessen. Die EntlassungskandidatInnen in Büron traten denn auch sofort in einen Streik. Doch einem Streik in einem kleinen Betriebsteil fehlt das notwendige Gewicht. Schlussfolgerung für Sanierungsbetroffene: Hat der Sanierer es geschafft, die ArbeiterInnen in Entlassene und Weiterarbeitende zu spalten, ist der günstigste Moment für das Ausspielen unserer Stärke vorbei. Unsere Stärke liegt in der Einheit: «Keine Entlassungen, der Kapitalist soll bluten, nicht wir!»

MERKE!

Bullenfrauen



Zivile Bullenfrauen (von links nach rechts): S. Acklin, C. Zollinger, B. Wegmüller



Zivile Bullenfrau



Zivile Bullenfrau



Zivile Bullenfrauen

(rh-ar) «Neue Männer braucht das Land», sang Ina Deter anfangs der 80er Jahre. Die Situation der hiesigen Polizeien ist ähnlich. Die Zürcher Geschichtsprüfungskommission (GPK), welche den Bulleneinsatz des letztjährigen 1. Mai untersuchte, sagt, die Informationslage, die taktischen und Strategischen Fähigkeiten der Stadtpolizei müssten sich verbessern. Wer die Augen offen hält, sieht, wie sich in letzter Zeit die SiDis (W. Schaffner und Co.) die Füsse platt laufen, an jede Säule, in jede Telefonzelle gaffen, in der Hoffnung eine Einschätzung der Situation zu bekommen. An der Demo selber ist das eben gar nicht so einfach. Der Zürcher Bullenvorstand Robert Neukomm klagt, dass seine zivilen Demo-Späher erkannt und vertrieben würden. Am 4. Mai 1996 sei sogar einer von ihnen (Claudio Gabuzzini) von Demonstranten tätlich angegriffen und verletzt worden, als er seinen Spitzelauftrag versehen wollte. «Es braucht neue Gesichter», ist ihre Konsequenz, da sie glauben wissen zu müssen, was sich auf der Strasse abspielt. Viele Leute sind, was Bullen betrifft, viel zu stark auf Männer fixiert, und haben deshalb mehr Schwierigkeiten Frauen in diesem Job zu identifizieren. Nicht, dass uns die männlichen Bullen gleichgültig wären, aber wir wollen hier ein paar Bullenfrauen präsentieren, welche sich auf unseren Strassen herumtreiben. Die folgenden zivilen Beamtinnen sind alle an Demos oder Kundgebungen aufgetaucht. Diese Rubrik heisst MERKE!, denn wer sich die Bullen merkt, macht aus neuen Gesichtern bald altbekannte und somit die Hoffnungen des Polizeivorstands auf eine bessere Informationslage zunichte. Wir bleiben dran!



«Sprung in die zukünftige Freiheit»

Zeichnung vom palästinensischen Künstler Burhan Karkutli

KRISE/Neoliberalismus

Le charme discret de la Bourgeoisie

Alle reden vom sogenannten Neoliberalismus. Je nach politischer Position versteht jede(r) etwas anderes darunter. Einig sind sich alle nur ob der vermeintlichen Ueberholtheit der von Lenin entwickelten Imperialismus-Analyse. Ein simpler Streit um Begrifflichkeiten oder geht es einmal mehr um die Frage der revolutionären Perspektive?

(kgi) Von bürgerlicher Seite wird alljährlich das Unwort des Jahres erkürt. Aus marxistisch-leninistischer Sicht würde der Begriff des Neoliberalismus zweifellos Hauptanwärter für den ersten Platz sein. Mit oder ohne dem modischen «neo» umschreibt der Begriff «Liberalismus» nichts anderes als eine Wirtschaftspolitik mit möglichst wenig Einmischung durch staatliche oder suprastaatliche Strukturen. Die imperialistische Realität ist nun aber durch das pure Gegenteil geprägt:

- Interventionen der verschiedenen Nationalbanken
- staatliche Wirtschaftsförderungsmaßnahmen, wie z.B. das bundesrätliche Impuls-Programm
- die geplante Einführung einer deutschen Währung, des EURO, gegen den der britische Imperialismus aus verständlichen Gründen Amok läuft
- die verschiedensten Interventionen des IMF und der Weltbank usw.

Verschärfte Konkurrenz zwischen Kapitalfraktionen

Die durch die Kapitalüberproduktion hervorgerufene Krise hat die Konkurrenz zwischen den verschiedenen Kapitalfraktionen und Monopolen verschärft. Der staatliche Protektionismus ist ausgeprägter denn je. Jedes Monopol versucht, sich die Konkurrenz möglichst vom Hals zu halten. Der Automobilkrieg zwischen den USA und Japan ist nur ein Beispiel dafür. Das Ende des langen Aufschwungs hat die Politik der imperialistischen Staaten also zweifellos verändert. Die Gangart ist nicht nur zwischen den einzelnen Kapitalfraktionen und den imperialistischen Staaten rauher geworden. Parallel zum offenen Angriff auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der proletarischen Klasse muss die Bourgeoisie den staatlichen Repressionsapparat aufrüsten und ausbauen. Die ArbeiterInnenklasse wird von der Bourgeoisie nicht mehr als «Sozialpartner», sondern richtigerweise als potentieller innerer Feind verstanden. Die von reformistischer Seite verbreitete Parole «Armut lässt sich nicht mit Repression bekämpfen» wirkt ob dieser Realität eher dümmlich. Die Frage sei erlaubt, wie denn sonst innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft? «Armut», besser wäre ja wohl die kapitalistische Ausbeutung und Profitgier, lassen sich nur mit der proletarischen Revolution überwinden. Diese Problemlösung ist aber a) mit der Bourgeoisie nicht verhandelbar und b) gewalttätig, sie fällt damit für diese Kreise nicht in Betracht.

Kleinbürgerliche Hoffnungen

Mit der schwammigen Kategorie des Neoliberalismus wird von reformistischer Seite die Politik des Monopolkapitals kritisiert, getragen von der kleinbürgerlichen Hoffnung auf eine Rückkehr zu den schönen Zeiten des langen Aufschwungs der 50er und 60er Jahre. Für die ReformistInnen und Gewerkschaftsbonden waren es tatsächlich schöne Zeiten. Das Wort «Klassenkampf» konnte endlich aus dem Repertoire gestrichen werden und mit der «wir sitzen im selben Boot-Mentalität» Verträge mit dem Kapital abgeschlossen werden. Gewiss, ganz so heil war die kapitalistische Welt auch damals nicht, zumindest nicht für alle. Der Neokolonialismus blühte und die MigrantInnen aus dem unterentwickelten Süden Europas standen vor der Türe. Störenfriede für die reformistischen Kräfte dieser Jahre, die es raschmöglichst in die



Arbeitsfriedenlogik einzubinden oder loszuwerden galt. «Für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus», so die Einladung der Zapatisten zu ihrem internationalen Kongress im letzten Jahr. Hinter diese schwammige, von jeder Klassenposition gereinigte Parole konnte sich selbst die ehemalige First Lady des imperialistischen Staates Frankreich, Danielle Mitrand, stellen.

Bewaffneter Reformismus

Die Parole des «Kampfes gegen den Neoliberalismus» ist mittlerweile von den verschiedensten Kräften aufgenommen worden. Ob sie nun bewaffnet oder mit parlamentarischen Referenden auftreten, eines verbindet sie: Die Ursache der derzeitigen Krise wird nicht als unvermeidliche Folge der kapitalistischen Produktionsweise selber verstanden, sondern als Folge einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bourgeoisie kritisiert. So ist beispielsweise für die MRTA nicht der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit der Ausgangspunkt für den von ihr gewählten bewaffneten Kampf. «Uns geht es um die Freilassung der Gefangenen, um die Situation der Menschenrechte im Land und um den Kampf gegen die neoliberale Wirtschaftspolitik. Solange es hier keine Lösungen gibt, braucht über andere Themen überhaupt nicht diskutiert zu werden. Würde Demokratie und soziale Gerechtigkeit in Peru herrschen, wäre der bewaffnete Kampf nicht notwendig.» (Vorwärts 7.2.1997) Für Demokratie und soziale Gerechtigkeit, hinter diesen nichtssagenden bürgerlichen Klimbim können

sich selbst die ReformistInnen des 1. Mai-Komitees stellen.

Lenins Imperialismus-Definition

Vor 80 Jahre hat ein gewisser Wladimir Illitsch, besser bekannt als Lenin, eine Schrift mit dem Titel «Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus» verfasst. Darin definiert er den Imperialismus als: «1. Konzentration der Produktion und des Kapitals, die eine so hohe Entwicklungsstufe erreicht hat, dass sie Monopole schafft, die im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle spielen; 2. Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital und Entstehung der Finanzoligarchie auf der Basis dieses «Finanzkapitals»; 3. Der Kapitalexport, zum Unterschied zum Warenexport, gewinnt besonders wichtige Bedeutung; 4. Es bilden sich internationale monopolistische Kapitalistenverbände, die die Welt unter sich teilen, und 5. Die territoriale Aufteilung der Erde unter die kapitalistischen Grossmächte ist beendet.»

Vorzimmer des Sozialismus

Diese in seiner Schrift ausführlich dargelegte Kurzdefinition ist offensichtlich nach wie vor richtig. Was bewegt also die reformistischen Kräfte, in jedem Stadium des Imperialismus nach einer anderen, neuen Definition zu suchen. Der Grund liegt natürlich nicht bei diesen schwer zu widerlegenden fünf Punkten, sondern in der revolutionären Perspektive der leninischen Analyse. Lenin definiert den Imperialismus als parasitären, faulenden Kapitalismus, als das Vorzimmer des Sozialismus. Auf einen möglichen Fehlschluss weist Lenin gleich selber hin. Die Fäulnistendenz schliesst den Wachstum des Kapitalismus nicht aus. Er wächst sogar schneller als früher, «aber dieses Wachstum wird nicht nur im allgemeinen immer ungleichmässiger, sondern die Ungleichmässigkeit äussert sich auch im besonderen in der Fäulnis der kapitalkräftigsten Länder (England)». Lenin definiert den Imperialismus aufgrund der erreichten Vergesellschaftungen der Produktion als Vorzimmer des Sozialismus. Diese Tendenz zum Kommunismus realisiert sich aber keineswegs automatisch, in einem friedlichen Prozess, wie dies z.B. die revisionistischen Kräfte um Karl Kautsky anfangs dieses Jahrhunderts propagierten. Die grausame Erfahrung der beiden Weltkriege lehrt uns, dass das Kapital zu seiner Selbsterhaltung vor keinem Blut- und Materialzoll zurückschreckt. Nur die proletarische Revolution kann der erreichten Vergesellschaftung der Produktion den entsprechenden gesellschaftlichen Rahmen verschaffen. Alles andere ist Illusion und dient der Aufrechterhaltung der Herrschaft des Kapitals.

LESERBRIEF

Mit wachsendem Interesse lese ich die Artikel, Informationen und politischen Einschätzungen der verschiedenen Gruppen des Aufbaus zu schweizerischen wie internationalen aktuellen Themen; fast alle drücken in Wort und Bild das aus, was die (so sehr auf freie Meinungsäusserung beflassene) demokratische Press zu vertuschen sucht. Was eure Zeitung besonders auszeichnet, ist, dass sie den Frauen und Männern der totgesagten proletarischen Klasse Stimme und Raum gibt, um die voranschreitende Ausbeutung an konkreten Fällen aufzuzeigen – und das hat mobilisierende Wirkung.

Insgesamt ist die Zeitung wie das Spiegelbild eines Fächers, der sich aus vielfältigen potentiell revolutionären Teilen zusammensetzt, deren Beiträge sich mit den verschiedenartigsten Schwerpunkten befassen, wobei unterschiedliche Interessen und Bewusst-

seingrade erkennbar sind. Aber gerade das macht den aufbau so lebendig und authentisch! Andererseits braucht eine politische Zeitung aber auch eine Art Leitfaden, durch den die Beiträge in einem Zusammenhang gestellt werden, damit sie nicht wie vom Winde verwehte Fäden in der Luft hängen, die auf keinen gemeinsamen Boden kommen können. Diese Koordination herzustellen, ist wahrscheinlich eine der schwierigsten Aufgaben, die in die Kompetenz eines politischen Redaktionskollektivs fällt.

Beim Lesen von aufbau 5 habe ich diesen roten Faden vermisst – trotz der Qualität der einzelnen Artikel. Vielleicht auch deshalb, weil es dieses Mal keinen spezifischen theoretischen Grundsatzartikel gab.

Grosses Lob, eine kleine aber doch wesentliche Kritik, viele solidarische Grüsse! S. K.

Blocher, Gold und US-Banken

Goldfinger

Anfang dieses Jahres entbrannte ein internationaler Streit um die Machenschaften der Schweiz und ihrer Banken während der Nazi-Zeit, um das gestohlene Gold und um diesbezügliche Entschädigungsformen. Um den Angriff der US-Banken abzufangen, entstanden einerseits Ideen zu einem Entschädigungsfonds, den Schweizer Banken und anderen Firmen tragen, und andererseits zu einem Solidaritätsfonds, der aus Goldreserven der Nationalbank finanziert werden soll. Die Banken sind zum Einlenken bereit, keineswegs aber Christoph Blocher.

(agaf) Seit Anfang 1997 laufen die Diskussionen um Banken, Nazigold und wie das Image der Schweiz wieder vergoldet werden kann. Christoph Blocher als Wortführer des reaktionären Kapitals tritt nun gegen die Bildung des geplanten Solidaritätsfonds ein, indem er sich als «Bewahrer des Volksvermögens» politisch zu profilieren sucht. Muss man deswegen dafür sein? Die Linke schweigt sich dazu aus.

Die Erkenntnisse über die Machenschaften der Schweiz während des Zweiten Weltkriegs sind jedenfalls nicht so neu, wie dies zu Beginn der Diskussionen herausposaunt wurde. Interessierten und linken Kreisen ist schon lange klar, dass die Schweiz mindestens in wirtschaftlicher Hinsicht gutnachbarliche Beziehungen zu Nazideutschland pflegte, während offiziell die Mär von der wehrhaften, neutralen und autarken Insel Schweiz gehandelt wurde. Dass also diese Geschichte quasi einen Bart hat und die wesentlichen Fakten schon kurz nach dem Zweiten Weltkrieg, so zum Beispiel am Nürnberger Kriegsverbrecherprozess 1947, bekannt waren, lassen nun auch die Neue Zürcher Zeitung und sogar Blocher verlauten.

Banken bleiben ihrer Rolle treu

So verwundert es, dass die ganze Sache erst jetzt nach über 50 Jahren die Gemüter beschäftigt, denn an der Aktenöffnung der US-amerikanischen Geheimarchive nach 50 Jahren, wie dies an manchen Stellen behauptet wird, kann es aus oben genannten Gründen nicht liegen. Vielmehr liegt es daran, dass hier hat Ex-Botschafter Jagmetti mit seiner Wortwahl «Krieg» gar nicht so unrecht, der Finanzplatz Schweiz in einem wirtschaftlichen Stellungskrieg mit den US-Banken

liegt. Letztere verspüren schmerzlich die Auswirkungen der anhaltenden kapitalistischen Krise. Sie setzen ganz nach den kapitalistischen Spielregeln neben erhöhter Ausbeutung der ArbeiterInnenklasse auf Verschärfung der Konkurrenz innerhalb der Ausbeuterklasse. Speziell ist die Rolle der US-Banken, da sie seit dem Börsencrash von 1929 durch gewisse gesetzliche Restriktionen eingeschränkt sind. Diesen Nachteil können sie durch das aussenpolitische Gewicht der USA wieder wettmachen, wie es andere Branchen auch tun, so zum Beispiel gegen Japan mit aufgezungenen Kontingenten beim Autoimport, gegen die Volksrepublik China oder eben den Finanzplatz Schweiz. So verwundert es auch nicht, dass eine der schillerndsten Figuren in dieser Sache, US-Senator D'Amato, Vorsitzender der Bankenkommission im US-Senat ist.

Die Schweizer Banken beugen sich aus Angst, international ins finanzielle Hintertreffen zu geraten, der Politik des «Big Stick» und willigen nach 50 Jahren geruhamen Vergessens erstaunlich schnell zur Bildung eines Entschädigungsfonds ein. Sie sind bereit, den internationalen Respekt ihrer aus kapitalistischer Sicht folgerichtigen Finanzpolitik der dreissiger und vierziger Jahre mit über 100 Millionen Franken zu erkaufen. So lässt sagen, dass sich die Ausbeuterklasse überhaupt nicht verändert hat und heute wie damals «nur» den kapitalistischen Gesetzmässigkeiten folgt. Dass die Auseinandersetzung gerade jetzt stattfindet, liegt an der Krise des kapitalistischen Systems und ihren Auswirkungen.

Blocher weiss von nichts

Wenn D'Amato die internationalen ökonomischen Interessen der US-Banken vertritt, so geht es der zwei-

ten schillernden Figur in diesem Streit, Christoph Blocher, um die nationale politische Vormachtstellung. Dessen polternde Art, sich Gehör zu verschaffen, könnte beinahe schon als «herzig» betrachtet werden, steckte nicht soviel dahinter. Er, der Multimillionär, weigert sich vehement, einen auch noch so kleinen Beitrag in den Entschädigungsfonds der Banken zu leisten. Den Solidaritätsfonds des Bundesrates, für den die Nationalbank Gold im Wert von 7 Milliarden Franken lockermacht, lehnt er ebenfalls ab (Zitat: «Verrat an unserem Volk»), und wäscht seine Hände in Bezug auf die Zeit von 1933–45 in Unschuld. Gegenüber den Medien erklärt er, seine EMS-Chemie, ursprünglich Holzverzuckerungs (Hovag) AG Ems, gegründet 1942, habe keine Geschäfte mit den Nazis gemacht. Diese Firma aber benutzte für ihre Holzverzuckerung zur Gewinnung von Treibstoff ein deutsches Patent (gegen Zahlung, natürlich) und bezog einen Grossteil der chemischen Grundprodukte für die Produktion von der berühmten deutschen IG Farben, welche KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter «beschäftigte». So schrieb die Firma Ende 1944, als die Lieferungen aus Nazideutschland ins Stocken kamen, an die Schweizerische Gesandtschaft in Berlin: «Durch das Fehlen dieser für uns lebenswichtigen Produkte ist unser Werk enorm gefährdet und wir würden über kurz oder lang nicht mehr in der Lage sein, das uns auferlegte Lieferprogramm für den Wirtschaftssektor und die Armee zu gewährleisten.» Zudem wurde die Hovag AG Ems massiv vom Bund unterstützt.

Auch diese Erkenntnisse sind mit Sicherheit nicht neu, doch Blocher will von diesen «interessanten Dokumenten» nichts gewusst haben und sieht sich auch nicht veranlasst, seine Version der Geschichte der Schweiz zu überdenken. Wozu auch, sind doch die Handlungen der EMS-Chemie damals wie heute ebenfalls nur eine folgerichtige Umsetzung der kapitalistischen Spielregeln.

«Demokratische» Maske

Es geht also nicht darum, den Solidaritätsfonds zu unterstützen oder abzulehnen. Auch sind die Banken nicht etwa plötzlich einsichtig geworden, sondern versuchen, der Fratze des Kapitalismus wieder die freundliche, «demokratische» Maske zurechtzurücken.

ANSCHLÄGE

Manifest vom 24.2.97

In der Nacht vom 24.2.97 wurden Grossbanken in verschiedenen Städten mit Farbe verschönert. Auszüge aus der zugeschickten Erklärung: «(...) Wir finden es absolut notwendig, dass der CH-Staat endlich über die Zusammenarbeit mit dem Nationalsozialismus die Wahrheit sagt (...) Es gibt viele Beispiele, wo sich Banken, Industrie oder der Staat auch heute noch in rassistischer, sexistischer, imperialistischer, antisemitischer Weise von Krieg, Verfolgung und Elend (...) bereichern (...) Zum Finanzplatz heute: (...) Wer nimmt Mobutu-Gelder und hortet heute zairisches Raubgold? (...) Und heute z. B. haben die Schweizer Grossbanken in einem internationalen Konsortium die Führung bei der Finanzierung des «Atatürk»-Staudamms in der Türkei übernommen. Das Projekt, welches die Vertreibung von zig-tausenden von Menschen miteinschliesst, hat u.a. eine wichtige Bedeutung in der Unterdrückung des kurdischen Befreiungskampfes (...) Wenn wir alle unsere Geschicke selber in die Hand nehmen, (...) gemeinsam für eine solidarische Welt eintreten (...) alle Reichtümer dieser Erde gerecht verteilen (...) alle «Mächtigen» und Besitzenden verjagen würden... Die Herrenlosen.»

Angriff gegen die SNB

Unter dem Titel «An der kapitalistischen Krise können sie noch lange runddoktern, doch heilbar ist sie nicht» erhielten wir folgende Erklärung: «In der Nacht vom 15./16.4.97 haben wir den Sitz der Schweiz. Nationalbank (SNB) in Zürich angegriffen, indem wir sie kräftig mit Farbe eingedeckt haben und mittels Feuerwerksraketen an die Fenster anknöpften. (...) Die Tempel der SNB symbolisieren das Zentrum des Goldschieber- und Hehler-Finanzplatzes Schweiz, das Zentrum kapitalistischer Ausbeutung, das Zentrum der Arroganz ihrer Macht. Als «Chefärzte» des international operierenden Schweizer Kapitals doktern ihre Direktoren an der todkranken kapitalistischen Wirtschaft herum (...), derweil in der ARENA der wirtschaftspolitischen Meinungsmache die öffentlichen Figuren sich darüber streiten, welche Art Pflasterlipolitik vielleicht doch noch helfen könnte. Sie können nur eines: Die schlimmsten Folgen der Krise (...) vor allem auf das Proletariat abwälzen. (...) Uns geht es darum, zum Ausdruck zu bringen, dass der Kapitalismus todkrank ist. (...) Das einzig Sinnvolle ist die aktive Sterbehilfe durch einen revolutionären Prozess, für dessen Wachsen wir unsere kleinen Beiträge leisten. (...) Das Kapital ist angreifbar! Für eine revolutionäre Perspektive!»



Grüsse an politische gefangene Frauen

Unter dem Titel «Liebe Natalie & Pascale» erreichte uns eine Solidaritätserklärung zu den politischen gefangenen Frauen weltweit: «Das französische Konsulat nahm in der Nacht vom 5.3. auf den 6.3. unsere klirrend-farbig militanten Grüsse an Euch entgegen. 8. März 97: wir sind nicht alle, es fehlen die revolutionären gefangenen Frauen. (...) Wir grüssen damit alle revolutionären gefangenen Frauen, die am 8. März nicht gegen die kapitalistische Ausbeutung und gegen all die daraus folgenden Unterdrückungsformen und für eine revolutionäre Perspektive auf der Strasse kämpfen können. Im speziellen grüssen wir Natalie Menignon aus action directe, die als Folge von mehr als 10 Jahren Isolationsfolter im Dez. 96 eine Hirnembolie erlitt und Pascale Vandergeerde aus CCC, die sich an der politischen Kampagne «liberté» beteiligt.»

Herr Villiger spricht zu seinen Untergebenen

Der Bund spart. Das Bundespersonal weiss das und kämpft dagegen. Die Lohnfüte von Februar enthielt noch eine Überraschung: Grenzenlos zynisch erscheint der Begleitbrief von Bundesrat Kaspar Villiger.

(mk) Stutzig macht schon die Tatsache, dass das grösste Wort auf dem Blatt «DER CHEF» ist. Es besteht keine Möglichkeit daran vorbei zu sehen, der Brief kommt von oben. Er wirbt um Verständnis dafür, dass der Lohn abgebaut wird und stellt die Sparübung als unabdingbare Notwendigkeit hin. Es ist die Rede von «Opfersymmetrie» bei den Personalausgaben. Symmetrie tönt gerecht und kann verschiedene bedeuten. Doch weiter im Originalton:

Aus diesem Grund – Sie haben es bestimmt bereits erfahren – sind auch bei verschiedenen Lohnelementen gewisse Korrekturen vorgenommen worden.

Das Wort Korrektur ist eine absurde Beschönigung. Immerhin jedoch, traut Villiger dem Personal zu, dass es auch ohne seine Briefe merkt, wie es um die Löhne steht. Schliesslich ist es ja betroffen. Deshalb erfreuen solch' wohlwollende Worte wie: In vielen Familien muss gerechnet werden wie schon lange nicht mehr. Es liegt mir deshalb daran, Ihnen bereits heute für Ihre Sparopfer ganz herzlich zu danken.

Sie irren sich, Herr Villiger. Nicht nur in den Familien muss gespart werden. Sie irren sich auch, wenn Sie denken, das Personal sei so dumm, sich durch väterliche Briefe einbinden zu lassen. Aber abgesehen davon hoffen wir sehr, dass das Bundespersonal keinen Anlass zum Dank geben wird. Vielleicht waren sie etwas voreilig.

Edle Spende an gemeinnützige Organisation?
Entlastende Spende an Hilfsorganisation?
Stete Spende an religiöse Organisation?
Verdeckte Spende an Parteiorganisation?
Üppige Spende an den aufbau!
PC-80-33638-5 Vermerk «Abo aufbau»
Postfach 8663, CH-8036 Zürich

KULTUR

proletarische

BLITZ/Physikalische Betrachtungen

Der Blitz – Drohfinger der Natur?

Blitz und Donner gehören zu den dramatischsten, aber auch faszinierendsten Naturscheinungen dieser Welt. Oft paart sich Angst mit ForscherInnengeist, wenn ein Gewitter aufzieht. Wir wollen Euch nicht aus diesem Dilemma befreien, denn Blitze verdienen Respekt. Forscht selbst – einen möglichen Einstieg findet Ihr vielleicht im folgenden Beitrag.

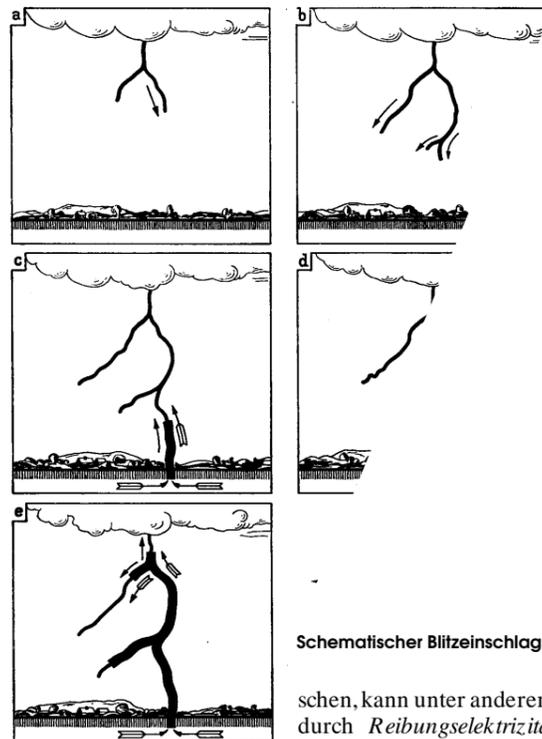
Wenn Blitze einschlagen...

(mk) Lange vor der Entstehung von Mensch und Tier zuckten Blitze und rollten Donner über den Erdball. Später dann, so die wissenschaftlichen Überlieferungen, sollen Blitze gar an der Entstehung des Lebens beteiligt gewesen sein, indem sie die notwendige Energie zur Bildung von Eiweissstoffen geliefert haben. Als sich der Erdball dann nach und nach mit Bakterien, Flechten, Sauriern, Spinnen, Kühen und Menschen mit Handys überzog, erschreckten, schädigten und töteten sie die Produkte, welche aus eben diesen Eiweissstoffen hervorgegangen sind. Blitz und Donner wurden früher oft als Waffen der Götter gedeutet. So liess der jüdische Gott «Jahwe die Feuerschlangen los, sie bissen das Volk...» (1350 v.Chr.). Auch Zeus und der germanische Kriegsgott Thor hatten über derartige Werkzeuge verfügt. Die Menschen begannen aber den Waffen der Göttern zu misstrauen und errichteten Stangen «um das Ungewitter an der Himmelshöhe zu schneiden» (Ägypten, 1500 v.Chr.). Die waghalsigen WissenschaftlerInnen zu der Zeit der Aufklärung, der reaktionäre Moralist und Erfinder Benjamin Franklin und auch das etwas staubige Heinrich-Hertz-Schwingungsinstitut in Berlin hatten sich in der Folge intensiv mit solchen Stangen befasst. Die Experimente der AufklärerInnen bezweckten zwar, dem Himmel lediglich den geheimnisvollen Stoff «Elektrizität» zu entlocken, was für die gesamten Laboreinrichtung nicht ohne fatalste Folgen blieb. Dafür zeitigte der preussische Forschungseifer Früchte und begründete 1886 mit der Druckschrift «Die Blitzgefahr Nr. 1» den Grundstein zum systematischen Blitzschutz. Obwohl Blitze auch heute noch töten, in der Schweiz gibt es im Jahreschnitt zwischen 4-10 tödlich verlaufende Blitzeinschläge, würde es kaum jemandem noch in den Sinn kommen, solche Ereignisse den strafenden und nicht minder patriarchalen Feuerschlangen zuzuordnen, zumal liebgewonnene Gebrauchsartikel wie Zigaretten, Bier, Fahrräder und Badeanstalten weit grössere Lücken ins Volk schlagen. Dass Blitze einschlagen, wissen wir seit der ersten erlebten Gewitternacht, wo wir mit schreckensgeweiteten Pupillen und von wohligen Schauer durchtrieben in die wärmende Höhle der Bettdecke geflüchtet sind, dem gewaltigen Donnern ein eher bescheidenes Fiepen entgegenhaltend. Da weder Mama noch Papa immer gleich zur Stelle waren, haben wir uns irgendwann einmal entschlossen, dieser leidigen Sache wissenschaftlich entgegenzutreten. Hier die ersten Ergebnisse: Im schweizerischen Mittelland schlagen jährlich und statistisch gesehen 3 Blitze pro km² ein, wohingegen die Alpensüdseite das Dreifache an Einschlägen zu erdulden hat und dies bei einer mittleren Bevölkerungsdichte von rund 175 Menschen pro km². Im selben Land werden pro Jahr etwa 100 Gewittertage gezählt (mindestens ein Donnerrollen hörbar) und die Nächte sind hier wohl auch mitgemeint!

Der Feuerschlange bei der Arbeit zusehen

Der Blitz ist ein elektrische Entladung, ein gigantischer verästelter Funken, der die Erde ziemlich offensichtlich, wie eine gleissende Nabelschnur mit der Gewitterwolke verbindet. Blitzkundige GenossInnen können bereits hier zwischen *Aufwärts-* und *Abwärtsblitzen* unterscheiden. Nimmt die Verästelung z.B. gegen Bodennähe hin zu, so spricht man von einem *Abwärtsblitz*. Bei *Aufwärtsblitzen* ist es gerade umgekehrt: der Blitz verästelt sich, einer Baumkrone nicht unähnlich, gegen den Himmel zu. Der am häufigsten auftretende *Wolke-Wolke-Blitz* liegt oft ausserhalb unserer Sicht und wird daher lediglich als Wetterleuchten wahrgenommen. Häufig wird der Blitz von beflissene WissenschaftlerInnen auch nach seiner elektrischen Polarität eingeteilt, denn es gibt sowohl *negativ*

wie auch die viel selteneren positiven Blitze, womit nur die Richtung des Stromflusses im Lichtbogen gekennzeichnet wird. Blitze sind listige Genossen. Es scheint, als würden sie ein Hirn besitzen, mit dem sie überlegen, wo es nun einzuschlagen gilt. Die Zeitlupensicht des Zieleinlaufes z.B. eines *Abwärtsblitzes* enthüllt aber weit kompliziertere Mechanismen. In einer wirklich schwarzen Gewitterwolke, in welcher oft starke Windströmungen vorherr-



Schematischer Blitzeinschlag.

schen, kann unter anderem durch *Reibungselektrizität* eine *Ladungstrennung* stattfinden¹. Die Wolke bildet dadurch Zonen aus, die sehr stark und unterschiedlich elektrisch geladen sind. Überschreitet die Feldstärke innerhalb der Wolke und gegenüber der Erdoberfläche einen gewissen Wert, so wächst aus einer dieser Zonen (meistens der negativ geladenen) ein relativ «bescheidener» elektrischer Funken heraus (Stromstärke ~100 Ampère), welcher im Fachjargon *Vorentladung* oder auch *Leader* genannt wird. Während dieser Erkundungsphase «weiss» der Blitz noch nicht so genau, wo er einschlagen wird. Der *Leader* strebt, geleitet von kleinen Luftdruckunterschieden und von Schwankungen im elektrischen Feld fast unentschlossen gegen die Erdoberfläche zu. Dabei werden auch alternative Wege angegangen, welche dem *Leader* die typisch verästelte Gestalt verleihen (*Bilder a* und *b*). Hat der ruckelnde «Embryo-Blitz» eine gewisse Höhe zum Erdboden hin unterschritten (~100 m), so kann es vorkommen, dass ihm z.B. von einer Kirchturmspitze, eine sogenannte *Fangentladung* entgegenschlägt. Diese weist dem *Leader* sozusagen den Weg, denn Blitze sind eigentlich ziemlich «kurzsichtig». Sind *Leader* und *Fangentladung* vereinigt, so ist der leitende Blitzkanal erstellt und es kommt zum auffälligsten Akt in diesem Naturschauspiel: die *Hauptentladung* wird ausgelöst (*Bild c*). In solchen Augenblicken kann die Temperatur im Blitzkanal bis zu 30 000°C betragen. Aus Gründen der Zeitabfolge, wächst die Hauptentladung von unten nach oben (*Bild d*). Da der ganze Prozess meistens nicht mehr als wenige tausendstel Sekunden dauert, nehmen wir alles als einen einzigen Blitzschlag wahr. Blitze können Längen von bis zu 20 km erreichen, wobei hier Spannungen von nicht weniger als 100 Millionen Volt möglich sind. Bei Super-Blitzen wurden sogar Stromstärken der *Hauptentladung* von 300 000 Ampère gemessen, womit kurzfristig Energiemengen von 1 Gigajoule freigesetzt werden. Die dabei in Wärme, Schall (Donner) und Licht umgesetzte Leistung kann Werte von 1000 Gigawatt annehmen, was der kurzfristigen Belastung von 1000 Atomkraftwerke der Kategorie Gösgen entspricht [Daten, NZZ, 15.3.1995]. Beeindruckt? Gut so!



Gewaltige Blitzentladung über Tucson, USA.

Donnerrollen und Donnerschlag

Der laute Donnerschlag ist sozusagen die akustische Schreckenszugabe für all jene, die sich bisher nicht vom blendenden Blitz beeindrucken liessen. Er gehört schlechthin zum lautesten, was die Natur überhaupt zu bieten hat. Die Schallquelle des Donners ist der elektrisch leitende Blitzkanal. Hier entstehen, bei einer Kanaltemperatur von 30 000°C schlagartig immense Luftdrücke, welche durch die starke magnetische Kraftwirkung des Stromflusses im Blitzkanal zusätzlich noch verstärkt werden. Der Blitzkanal kann so besehen, durchaus mit einer linienförmig ausgeprägten Explosion verglichen werden. Im Nahbereich des Blitzkanals wird sowohl Wärmeenergie als auch die mechanische Ausdehnungsenergie des Kanals in die Schallwellen des Donners eingespeist. Diese immense energetische «Aufladung» der Schallwelle verändert ihre Ausbreitungseigenschaften nachhaltig. Sie führt zur Bildung von sogenannten akustischen *Schockwellen*, welche sich über eine Distanz von wenigen Metern mit bis zu dreifacher Schallgeschwindigkeit ausbreiten können. Was wir folgedessen hören, ist mit den Wirkungen eines Überschallknalls durchaus vergleichbar. Der eben beschriebene Schockwellenbereich kann übrigens ebenso tödliche Wirkungen zeitigen wie ein direkter Blitzeinschlag. Meistens nehmen wir den Donner jedoch nicht als scharfen Knall wahr, er äussert sich vielmehr als dumpfes Rollen. Dies hängt damit zusammen, dass wir als BeobachterInnen, zu jedem Ort des sich stossartig ausdehnenden Blitzkanals einen anderen Abstand haben. Somit erreichen uns die Schallwellen dieser einzelnen Explosionsorte zu entsprechend unterschiedlichen Zeiten, was den «Gesamtknall» zeitlich beträchtlich verschmiert: aus dem scharfen Knall ist ein bis zu 20 Sekunden lange dauerndes Donnerrollen geworden. Donnerschläge werden in einem bis zu 30 km von der Einschlagstelle entfernten Umkreis wahrgenommen (*zentrale Hörbarkeitszone*). Anschliessend folgt eine 30 km breite *Zone des Schweigens*, welche dadurch entsteht, dass die Schallwellen des Donners, welche nach oben abstrahlen, an speziellen, hochgelegenen Schichten der Erdatmosphäre abgelenkt werden und erst bei Distanzen von über 60km zurück zum Erdboden gelangen und dort verstärkt hörbar sind. Dieser Effekt führt zu dem sogenannten *ersten Hörbarkeitsring* um die Einschlagstelle.

Blitzforschung heute

Bis zum Jahr 1977 gehörte die schweizerische Blitzforschung zu den führenden wissenschaftlichen Institutionen auf diesem Gebiet. Am exponierten Blitzforschungslaboratorium auf dem Monte San Salvatore im Tessin wurde dem Blitz regelmässig den Puls genommen. Die Motivation für einen derart abenteuerlichen ForscherInnenalltag lag im Blitzschutz: je genauer man über Blitze Bescheid weiss, desto besser können Menschen, Gebäude und Geräte vor seinen Wirkungen geschützt werden. Heute beschäftigen sich IngenieurInnen und PhysikerInnen vor allem mit den elektrischen Wirkungen des Blitzschlages. Blitze sind nämlich auch Quellen von Radiowellen, welche in Computern und elektronischen Steuerungen erhebliche Störungen verursachen können. So ist es nicht verwunderlich, dass an der diesjährigen Konferenz über *elektromagnetische Verträglichkeit (EMV)* in Zürich, bis zu 20% aller Referate dem Blitz gewidmet waren. Dieser Trend hat aber auch andere Ursachen. So haben vor allem militärisch orientierte Forschungslaboratorien, welche sich bis anhin mit dem sog *NEMP* (Nuclear ElectroMagnetic Pulse) befasst haben, während der Zeit des Golfkrieges eine starke Renaissance erlebt, die heute jedoch wieder stark im abklingen begriffen ist. Der Blitz bietet sich da als ein willkommenes Ersatz-Forschungsobjekt geradezu an. Effektive Forschung am Blitz wird heute hauptsächlich in Japan, Schweden und den USA betrieben. Gerade in Japan und den USA versucht man z.B. Blitze mit leistungsstarken Laserstrahlen vom Himmel zu locken. Bisher mit eher mässigem Erfolg. Der Laserstrahl übernimmt in diesem Fall offensichtlich die Funktion der *Fangentladung*. Dem Mysterium *Kugelblitz* wird übrigens auch heutzutage noch wissenschaftlich nachgestiegen, wir wollen diesem merkwürdigen Phänomen später einen separaten Beitrag widmen. Die Feuerschlange gehört also immer noch zum Repertoire aktueller Forschung – zähmen lässt sie sich dadurch nicht.

Der Blitz – Drohfinger der Natur? Wohl kaum, denn falls das Kapital weiterhin so verbissen Hochhäuser errichtet, dann ist der Blitz wohl eher auf unserer Seite...

¹ Aus diesem Grund treten Blitze sowohl in Rauchwolken von Vulkanausbrüchen, im Rauchpils einer Nuklearexplosion auf oder wurden z.B. sogar in der Wasserfontäne einer Unterwassersprengung gesichtet.



Der **aufbau** erscheint vierteljährlich. Ein Solidaritäts-Abonnement kostet sFr. 20.–, 50.–, 100.– Mit einer Einzahlung auf PC-80-33638-5, Vermerk «Abo aufbau», Postfach 8663, 8036 Zürich wird Deine Abobestellung automatisch entgegengenommen. Du kannst uns aber zu diesem Zweck auch den ausgefüllten Talon zukommen lassen!

Name: Vorname:

Adresse:

Einzusenden an: aufbau, Postfach 8663, 8036 Zürich.

KULTUR

proletarische

HONGKONG/Aktion gegen koloniale Ku

Ein Mann malt ro

Die Regierung Hongkongs sponsorte 1887 der Königin V Krönungsgeburtstag eine riesige Statue und stellte sie auf. Letzten September malte sie ein Kunststudent aus Pe verhaftet und musste einen Monat in den Knast.

Der Student heisst Pun Sing Lui, ist 27 Jahre alt und zog nach seinem Studium von Peking nach Hongkong. Dort meinte er auf eine interessante Kunstszene zu stossen und wurde bitter enttäuscht. Die Kunst sei ihm zu kommerziell, die Leute machten Kunstwerke, als wollten sie Produkte auf den Markt bringen, ohne soziale oder kulturelle Aussage. Weder würden sie den westlichen Einfluss weiterentwickeln, noch verstünden sie die innere Bedeutung der östlichen Kunst. In Hongkong verdiente sich der Student sein Leben mit Teilzeitarbeit, machte Skulpturen und malte. Letzten August bekam er für seine Werke ein Stipendium für ein Studienjahr in Frankreich und wurde von der Stadtverwaltung in ein städtisches Gremium gewählt, dass subventionierte Studios an Hongkonger KünstlerInnen verteilt. Inzwischen sitzt Pun Sing Lui allerdings nicht mehr im Gremium, denn bei einem Vandalen könne man sich nie sicher sein, ob er nicht anderen Vandalinnen und Vandalen subventionierte Studios zuteile. Im Januar schmissen sie ihn raus. Aber mit dem hatte Pun Sing Lui sowieso gerechnet, als er im Sommer durch den Victoria Park spazierte und seine Aktion plante.

«Hongkong ist ein Produkt kolonialer Kultur und Politik, daran wird auch die Rückgabe an China diesen Juni nichts ändern, denn eine hundertjährige Kolonialisierung lässt sich nicht in ein paar Tagen rückgängig machen. Natürlich hat die koloniale Kultur auch ein paar gute Seiten, neue Technologien und anderes Gedankengut, aber der Preis ist immer die Sinnentleerung der eigenen Kultur. Die Statue von Königin Victoria symbolisiert die Erniedrigung und Kolonialisierung des chinesischen Volkes und hat für mich keinen kulturellen Wert.» Soweit Pun Sing Luis eigene Worte. Mit der Aktion wollte er die Stadtbevölkerung wie auch die Kunstszene an dieses koloniale Erbe erinnern und provozieren. Kunst sollte sich nicht scheuen, die Leute direkt anzusprechen und eine gesellschaftliche Aussage zu machen. Die Farbe Rot wählte er als die Farbe des Blutes.

Nach seiner Aktion wurde Pun Sing Lui verhaftet, verbrachte einen Monat im Knast und wurde psychiatri-



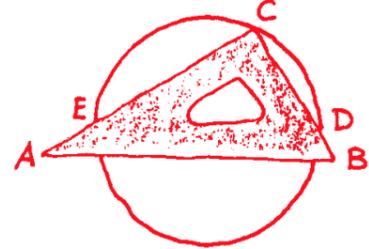
Erste Rote Königin. Pun Sing Lui zuoberst auf der frisch bemalten Statue.

siert. Inzwischen ist er wieder frei. Von der Übergabe Hongkongs an China erwartete er, dass sie die kommerzialisierte Kunstszene Hongkongs endlich dazu bewegen wird, Stellung zu beziehen, welche Position die Kunst in der Gesellschaft einnehmen soll und welche Zusammenhänge zwischen Kunst, Gesellschaft und Politik bestehen. Denn in Peking werde nicht lang moralisch herumdiskutiert, bis entschieden wird, dass eine Künstlerin oder ein Künstler nicht mehr in einem Gremium sitzen darf. Dort verläuft die Trennlinie zwischen offizieller und alternativer Kunst klar, und wer die Richtlinien nicht einhält, muss auf offizielle Ausstellungen eben verzichten können. Pun Sing Luis Werke wären in Peking nicht erst gelobt und nachher wieder verteufelt, sie wären gar nie ausgestellt worden.

Gefragt nach der Bedeutung der Kulturrevolution 1949 in China meint Pun Sing Lui, dass sie wohl etwas vom Einzigartigsten in der chinesischen Kultur gewesen sei, vergleichbar mit der historischen Bedeutung des ersten Kaisers von China Qin Shi Huan, der China zu einer Nation zusammenführte. Leider sei von dieser Revolution heute nichts mehr zu spüren, er sei zu spät geboren, um ihr Erbe antreten zu können.

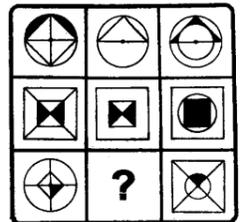
Abakus

(kur) Wie sucht man den Mittelpunkt eines Kreises, wenn man lediglich ein gespitztes Bleistift und ein Zeichendreieck ohne Masseinteilung zur Verfügung hat? So lautete die Fragestellung im *Abakus* der letzten Nummer. Was wir möglicherweise nicht mehr wissen ist, dass als Folge einer geheimen Verschwörung aller MathematiklehrerInnen dieser Erde, anscheinend jedes Zeichendreieck immer eine Ecke mit einem rechten Winkel aufweist. Um nun zur Lösung zu gelangen, legt die interessierte GenossIn das *Zeichendreieck ABC* so auf den Kreis, dass die *Ecke C* des rechten Winkels genau auf den Kreisbogen zu liegen kommt. Dort, wo die beiden Schenkel des rechten Winkels den Kreisbogen



schneiden, ergeben sich die *Punkte E* und *D*, welche, wiederum miteinander verbunden, genau den Durchmesser des Kreises begrenzen. Dass dem so ist, folgt aus einer einfachen Betrachtung am *Thales-Kreis*. Alle Dreiecke, deren Grundseiten gerade dem Durchmesser eines Kreises entsprechen und deren gegenüberliegende Ecke auf dem Kreisbogen zu liegen kommen, sind jeweils immer rechtwinklige Dreiecke. Wiederholt die findige GenossIn den eben beschriebenen Lösungsvorgang für einen beliebig anderen Ort des *Punktes C* auf dem Kreis, so ergibt sich eine weitere Durchmesserstrecke. Der Schnittpunkt der beiden Durchmesser ist der gesuchte Mittelpunkt des Kreises. Ein anderer, weitaus einfacherer Lösungsweg ergibt sich mittels Falzen. Faltet die scharfsinnige GenossIn, das Papier mit dem Kreis so, dass die beiden durchschimmernden Kreisbogenhälften exakt in Übereinstimmung sind, dann stellt der resultierende Falz gerade den Durchmesser des Kreises dar. Auf gleiche Weise erhalten wir einen zweiten Falz; der Schnittpunkt der beiden Falzen ist dann wiederum der gesuchte Mittelpunkt des Kreises. Strenggenommen gehört das zweite Lösungsverfahren in die Kategorie der sogenannten *iterativen Vorgehensweisen*, d.h. die Lösung wurde nicht direkt konstruiert, sondern mittels geschicktem Probieren erarbeitet, was der Originalität dieses Verfahrens aber keinerlei Abbruch tut.

Das nächste Rätsel beschäftigt sich indirekt mit der Messbarkeit von Intelligenz. Viele BewerberInnen von Lehrstellen werden während der laufenden Aufnahmeverfahren häufig mit einem klassischen Intelligenztests konfrontiert. Die Frage, ob es sinnvoll ist, Intelligenz zu messen und ob Intelligenz auf diese Art überhaupt messbar ist, steht für uns hier nicht zur Debatte, da Intelligenztests im Kapitalismus eigentlich nur zum Ziel haben können, werdende Arbeitskräfte einer harten Vorselektion zu unterziehen. Die untenstehende Abbildung könnte aus einem solchen Test stammen. Die dargestellten Symbole sind auf irgend eine Weise miteinander verknüpft. Findest Du diese Regel heraus, so weist Du wie das Feld mit dem Fragezeichen auszusehen hat. Liebe GenossIn, Du wirst leiden, doch denke dabei auch an die Lehrlinge und würdige ihren Mut und ihre Schlaueit.



SPORT

Für seine klassenkämpferische Einlage während eines Fussballspiels wurde der Stürmer des FC Liverpool, Robbie Fowler, von der Uefa mit 2000 Franken gebüsst. Der englische Spieler hatte in einem Eurocupspiel nach seinem zweiten Tor das Klubkleinchen hochgezogen und ein T-Shirt mit der Aufschrift «Helft den 500 entlassenen Hafentarbeitern» gezeigt.



LoRa

97.5 MHz

Jeden 4. Sonntag

Bereich Zürich 97.5 MHz:

Neu wird die Rote Welle ab 1.5.1997 im Bereich Zürich auf einer anderen Frequenz (siehe links) und zu einer anderen Zeit, voraussichtlich jeden 4. Sonntag von 19.00–20.30 Uhr, zu hören sein.

Kanal Ralte

104.5 MHz

jeweils am 2. Donnerstags des Monats

Bereich Basel 104.5 MHz:

Do. 8. Mai 1997
Do. 12. Juni 1997
Do. 10. Juli 1997
18.00 – 19.00 Uhr

**Dein Geld, GenossIn, baut auf,
nicht die Aktie des Kapitalisten
sondern den aufbau
Dein Geld, GenossIn, baut ab
und beisst den Kapitalisten,
falls Du den aufbau unterstützt.**

**PC-80-33638-5
Vermerk «Abo aufbau», Postfach
8663, CH-8036**

Verkaufsstellen – Schweiz: Pinkus, Froschaugasse 7,8001 Zürich / Kasama, Klingenstr. 23, 8005 Zürich / Bücherladen Aussersihl, Marthastr. 109,8004 Zürich / Aufbau-Vertrieb, Kanonengasse 35,8005 Zürich / Hirschmatt-Buchhandlung, Hirschmattstr. 26,6003 Luzern / Buchhandlung Parterre, Mythenstr. 7,6003 Luzern / Infoladen Romp, Denkmalstr. 17, 6006 Luzern / Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20,9004 St.Gallen / Buchhandlung Waser, Feldbergstr. 30,4057 Basel / Buchhandlung Waser, Rümelinsplatz 17,4001 Basel / Buchhandlung Theaterpassage, Theaterstr. 7,4051 Basel / Infokiosk Brisant, Gärtnerstrasse, 4057 Basel / Infoladen Sowieso, Lindenbergstr. 23,4058 Basel / Volxbibliothek, Neu-bruckstr. 8, 3012 Bern.

Verkaufsstellen – Deutschland: Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46,29357 Hamburg / Infoladen Haslach, Mörikestr. 69,70199 Stuttgart / Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76, 53111 Bonn / Infobüro, c/o Bücherkiste, Schlehengasse 6,90402 Nürnberg / Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzer Str. 4,60327 Frankfurt / Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41-43, 80799 München / Buchladen M99, Manteuffelstr. 99, 10999 Berlin / Jos Fritz Buchhandlung, Wilhelmstr. 15, 79098 Freiburg / Buchhandlung O21, Oranienstr. 21, 10999 Berlin.